H 8040 F
Nummer 56
Jan./Feb. 99
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Als erstes wollen wir all unseren antifaschistischen Leserinnen und Lesern ein gutes und in ihrem Sinne erfolgreiches Jahr 1999 wünschen. Den Ausklang des letzten Jahres prägte in weiten Teilen in den Medien die Debatte um die Rede Martin Walsers anläßlich seines Friedenspreises des Deutschen Buchhandels. Beiträge über die Auseinandersetzung, die Person Walsers und wie die Rechten auf seine Rede reagierten bilden einen Schwerpunkt dieses Heftes. Weiter widmen wir uns intensiv den starken Aktivitäten des neofaschistischen Spektrums von NPD/JN bis „freien Nationalisten“. Zwar ist eine Einigung des rechten Lagers nach wie vor nicht abzusehen, aber trotz der Niederlagen, die NPD, DVU, „Republikaner“ und der „Bund Freier Bürger“ bei der letztjährigen Bundestagswahl einstecken mußten, haben diese Kräfte im Verlauf des Jahres 1998 mehr als deutlich gemacht, welches Mobilisierungspotential hinter ihnen steht. Für AntifaschistInnen kann das nur bedeuten, nicht in der Wachsamkeit nachzulassen, zu informieren und gegebenenfalls einzuschreiten, wenn faschistische Ideologien in die Öffentlichkeit getragen werden sollen. Angesichts der großangelegt geplanten Unterschriftensammlung der Unionsparteien zur doppelten Staatsbürgerschaft, muß deutlich gemacht werden, wem diese aktuelle Kampagne nützt, daß letztendlich nur Wasser auf die Mühlen der Faschisten und Rassisten gegossen wird. ***Die nächste Ausgabe von DER RECHTE RAND erscheint Anfang März, Redaktionsschluß ist der 16..2.1999***

Antifaschistische Solidarität

Am 19. September 1998 hatte die neofaschistische NPD zu einer Wahlkampf-Abschlußveranstaltung nach Rostock aufgerufen. AntifaschistInnen aus ganz Deutschland mobilisierten zu Gegenaktionen gegen diese ungeheure Provokation. Gerade in Rostock, wo 1992 Neonazis mit Unterstützung eines deutschnationalen und rassistischen Mobs über Tage eine Unterkunft für vietnamesische VertragsarbeiterInnen angegriffen hatten, sollte kein erneuter Faschistenaufmarsch zugelassen werden. Geschützt von einem großen Polizeiaufgebot marschierten dann aber doch ca. 3.000 Neonazis durch eine Rostocker Plattenbausiedlung. AntifaschistInnen, die das verhindern wollten, wurden von starken Polizeikräften eingekesselt, teilweise verprügelt und viele von ihnen festgenommen.

Ungehindert von dem Polizeiaufgebot, das an diesem Tage Rostock beherrschte, konnte eine Gruppe von etwa 60 Neonazis ein antifaschistisches Kultur- und Informationszelt am Rostocker Hafen angreifen. Die Nazis verletzten mehrere Personen, darunter auch vier Kinder, durch Steinwürfe, flüchteten dann aber wegen der einsetzenden Gegenwehr. Einer von ihnen überfuhr mit seinem PKW den Antifaschisten Holger S., der lebensgefährlich verletzt wurde.

Er erwachte nach drei Wochen aus dem Koma. Seitdem versucht er mühsam, sich bewegen, sprechen und sich erinnern zu lernen. Es ist immer noch fraglich, wann und ob Holger S. wieder selbständig leben kann.

Zur Unterstützung von Holger S. wird Geld benötigt. Dafür haben Freunde von ihm ein Spendenkonto eingerichtet:

Abraxas
Stichwort: Holger; Kto.-Nr. 2219988 - BLZ 258 513 35; Kreissparkasse Lüchow-Dannenberg
weitere Informationen über **W.I.R. c/o Exzess, Leipziger Str.91 - 60487 Frankfurt**

Richtigstellung und Entschuldigung

Beim Redigieren der Rezension „Enzyklopädie des Holocaust“ von Bernhild Vögel (DER RECHTE RAND Nr. 54 Sept./Okt. 98) ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Die „Enzyklopädie des Holocaust“ verwechselten wir mit der „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“. Der erste Satz hatte lauten müssen: „Um es gleich vorab zu sagen: Die Enzyklopädie des Nationalsozialismus hat sich im mehrmonatigen Dauertest als unentbehrliches Nachschlagewerk erwiesen.“

Aufgrund eines redaktionellen Missverständnisses wurde in der letzten Ausgabe von DER RECHTE RAND (Nr. 55) bei dem Artikel „mythos macht musik“ von Alfred Schobert und Daniel Hügel als Kontaktadresse für weitere Informationen die Postadresse des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) genannt. Da unsere KollegInnen beim DISS zahlreiche Anfragen erhalten haben, bitten wir besonders die Homepage des DISS zu berücksichtigen: http://members.aol.com/dissdui

Wir entschuldigen uns bei unseren Autoren.

Thomas Böhling

Neonazis gegen die „Wehrmachtsausstellung“

Münster - Bonn - Hannover

Dauerbrenner bei den deutschen Neonazis ist der lautstarke und auf die Straße getragene Protest gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung dient den Neonazis in erster Linie als Anlaß, ihre meist jugendlichen Anhänger zu Aufmärschen zu mobilisieren. Was auch gelingt.

Ihren größten Erfolg hatten sie im März 1997, als es unter Führung der NPD gelang, knapp 5.000 Alt- und Neonazis nach München zu bewegen. Dieser Aufmarsch gegen die „Wehrmachtsausstellung“ war die größte neofaschistische Demonstration in Deutschland seit 1970.

300 Nazis in Münster, 1000 in Bonn

Für vorschnelle Analytiker schien es, daß angesichts der ca. 300 am 12. September 1998 in Münster aufmarschierten Neonazis die Zeit der großen Mobilisierungserfolge der Faschisten ihr Ende erreicht hätte. Als eine Woche später dann, am 19. September 1998, ca. 3.000 Nazis zum Abschluß des NPD-Wahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern durch einen Rostocker Stadtteil ziehen durften, waren sie eines besseren belehrt.



Bonn, 24.10.98: ex FAP-Chef Friedhelm Busse (2. v. rechts), Wolfgang Nahrath (mit Hut), Seit an Seit mit Nazi-Terrorist Manfred Börm (links)

Der Aufmarsch von Münster wurde nicht von den Gesamtorganisationen NPD und „Junge Nationaldemokraten“ (JN) unterstützt, sondern allein die nordrhein-westfälische NPD/JN rief dazu auf. Auch das Geflecht der „freien Nationalisten“ und „unabhängigen Kameradschaften“ zeigte sich von dem Aufruf, in Münster gegen die „Wehrmachtsausstellung“ zu demonstrieren, weitgehend unbeeindruckt. Die Verweigerung der Bundes-NPD und vor allem der Bundes-JN ist sicherlich nicht allein mit den Bedenken begründet, daß zwei Demonstrationen innerhalb von acht Tagen die Belastbarkeit des rechten Fußvolkes zu sehr strapazieren würde. Vielmehr dürfte der schwelende Konflikt zwischen dem JN-Bundesvorsitzenden **Holger Apfel** und dem nordrhein-westfälischen JN-Landesvorsitzenden **Achim Ezer** eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Der Aufmarsch in Bonn am 24. Oktober '98 war bereits Ende Juni durch den NPD-Kreisvorsitzenden **Hans-Robert Klug** angemeldet worden. Auch hier mobilisierte die NPD/JN nicht bundesweit, in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ erschien kein Hinweis auf den 24. Oktober. Lediglich auf Flugblättern und Plakaten, die bei den Nazimärschen am 12.9. in Münster und am 19.9. in Rostock auftauchten, wurde zur Teilnahme aufgerufen.

Demzufolge war die Beteiligung der NPD-Mitgliedschaft an der Bonner Demonstration eher gering - und trotzdem marschierten mehr als 1.000 Neonazis in Bonn auf. Der Bonner Kreisverband der NPD hatte seine Schuldigkeit mit der Anmeldung getan - organisiert wurde der Aufmarsch von den „freien Nationalisten“. Redner waren deren Kopf **Christian Worch**, der frühere Vorsitzende der FAP **Friedhelm Busse**, der langjährige Vorsitzende der „Wiking Jugend“ **Wolfgang Nahrath**, seines Zeichens auch Mitglied des Landesvorstands NRW der NPD, und der JN-Landesvorsitzende Achim Ezer.

Besonders deutlich zeigt sich im Vergleich Münster-Bonn, daß die Bedeutung der „Jungen Nationaldemokraten“ vielerorts weit überschätzt wird. In den „alten Bundesländern“ verfügt die JN allein in Nordrhein-Westfalen sowohl über eine funktionierende Organisationsstruktur als auch über eine aktionsorientierte und zahlenmäßig nennenswerte Mitgliedschaft. Und das auch nur durch die engen Verflechtungen mit den „freien Nationalisten“ und „unabhängigen Kameradschaften“.

Bei den „großen Aktionen“, zumindest denen in den „alten Bundesländern“, wird die Mehrheit der auftretenden Jungnazis über die Strukturen der „freien Nationalisten“ mobilisiert.

Hannover: 3 Aufmärsche innerhalb von zwei Monaten

Pünktlich am Wochenende der Eröffnung der „Wehrmachtsausstellung“ in Hannover meldete die zum Spektrum der „freien Nationalisten“ zählende **Tanja Bayen** eine Demonstration in Hannover an. Anlaß war allerdings nicht die Ausstellung.

Nachdem sich Bayen im September 1997 in der RTL-Talkshow „Bärbel Schäfer“ als Rassistin bekannte und zudem auch noch verkündete, daß sie ihre Tochter auf eine Waldorfschule gehen ließ, weil dort kaum ausländische Mitschüler seien, kündigte die Schule ihr den Schulvertrag auf. Gegen diese Maßnahme zog sie dann am 7.11.98 mit rund 80 norddeutschen „Kameraden“ vor der Waldorfschule am hannoverschen Maschsee auf. Die ganze Aktion fest im Griff hatte wieder einmal Christian Worch, der sein Fußvolk energisch aufforderte, auf jegliche Unmutsäußerung zur „Wehrmachtsausstellung“ zu verzichten. Diese „Unmutsäußerungen“ folgten dann zwei Wochen später, am 21.11.98. Diesmal zogen nun weitgehend dieselben 80 Nazis gegen die „Wehrmachtsausstellung“ in Hannover auf. Als „prominenten Redner“ konnten sie den im Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen einschlägig vorbestraften Nazi **Peter Naumann** für sich gewinnen.

Für den 19.12.98 rief dann die niedersächsische NPD zur Demonstration gegen die „Wehrmachtsausstellung“ in Hannover auf. Als Anmelder fungierte der seit Jahren in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt aktive NPD-Funktionär **Waldemar Maier**. Für die Presse wurde großmäulig lanciert, daß die NPD in Hannover 3.000 Teilnehmer erwartet, selbst der Bundesvorsitzende **Udo Voigt** wurde als Redner angekündigt. Damit bekam die NPD die Publicity in den Medien, auf die sie eigentlich in erster Linie aus war.



Die 'Traditionen' der Deutschen Wehrmacht stehen bei den jungen Nazis hoch im Kurs

Letztendlich marschierte ein magerer Haufen von etwa 180 Nazis auf, davon ein großer Teil aus dem Großraum Hannover. Vorangegangen war noch ein vom OVG Lüneburg abgelehntes Verbot des Aufmarsches, das mit Sicherheitsbedenken angesichts des letzten verkaufsoffenen Sonnabend vor den Weihnachts-

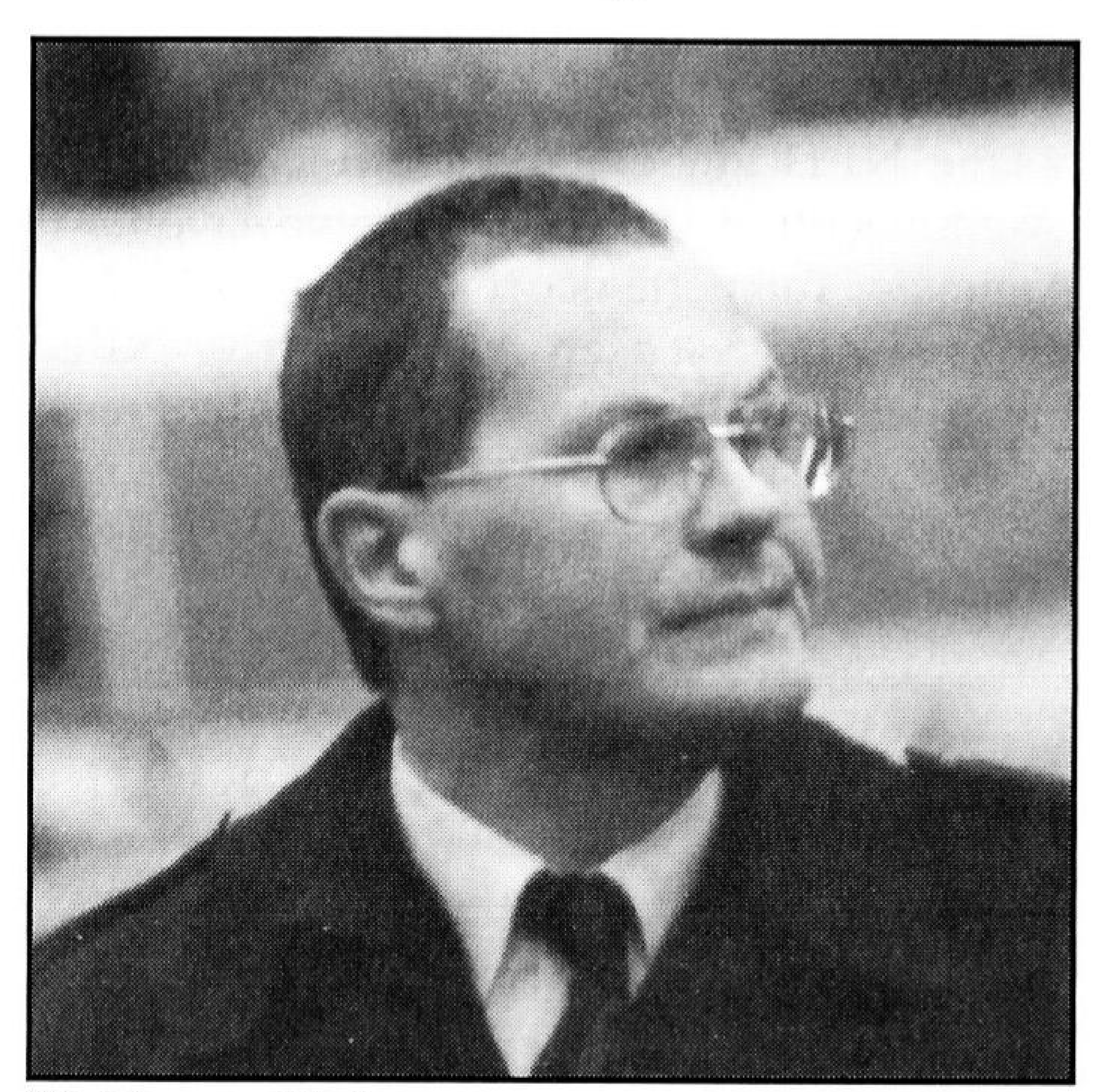
feiertagen begründet war.

Von Seiten der „freien Nationalisten“ und „unabhängigen Kameradschaften“ wurde diese Aktion im wesentlichen nur von der „Kameradschaft Northeim“ um den einschlägig bekannten **Thorsten Heise** unterstützt - von Tanja Bayen und **Markus Privenau**, den Statthaltern Christian Worchs im Großraum Hannover, war nichts zu sehen. Sie hatten ja schon demonstriert ...

Die Unterstützung des Bundes-NPD für ihre hannoverschen Kameraden hielt sich in Grenzen. Selbst der Bundesvorsitzende Voigt verzichtete auf die Anreise. Auf der Kundgebung sprachen neben dem Anmelder Waldemar Maier der niedersächsische NPD-Landesvorsitzende **Ulrich Eigenfeld**, interessanterweise wieder Peter Naumann, und selbst Christian Worch durfte einen kurzen Beitrag leisten. Darin sprach er zwar von „Unstimmigkeiten“, ließ aber keinen Zweifel daran, daß er es richtig fand, daß es zwei Aufmärsche auf den hannoverschen Straßen gegeben hatte. Anläßlich der nächsten Ausstellungsorte, Kiel und Hamburg, soll sogar noch öfter auf die Straße gegangen werden.

Ob das sein Fußvolk mitmachen wird, bleibt offen. In Münster, Bonn und im November auch in Hannover stießen die Neonazis auf mehr oder weniger erfolgreichen antifaschistischen Protest und Widerstand und mußten durch Polizeispaliere geschützt werden.

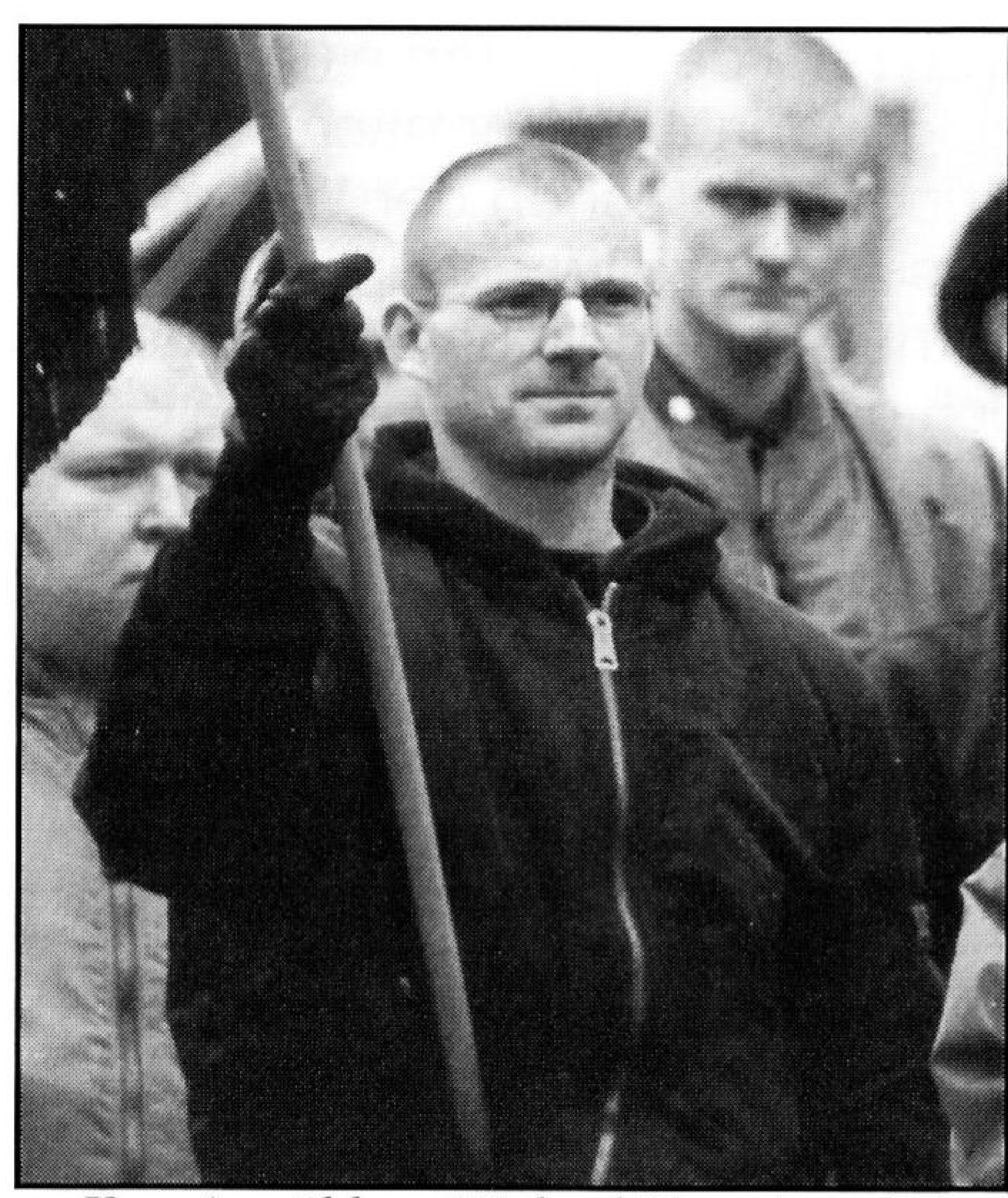
Neben einer großen antifaschistischen Bündnisdemonstration in Hannover mit rund 2.000 TeilnehmerInnen, wurde der Aufmarsch vom 19. Dezember ständig von hunderten AntifaschistInnen belagert, zeitweise durch Blokkaden der Straßen gestoppt und mit allerlei Wurfgeschossen eingedeckt. Der antifaschistische Widerstand ließ die Jungnazis teilweise im Laufschritt zurück zu ihren Fahrzeugen marschieren. Und von denen gingen dann auch noch einige zu Bruch.



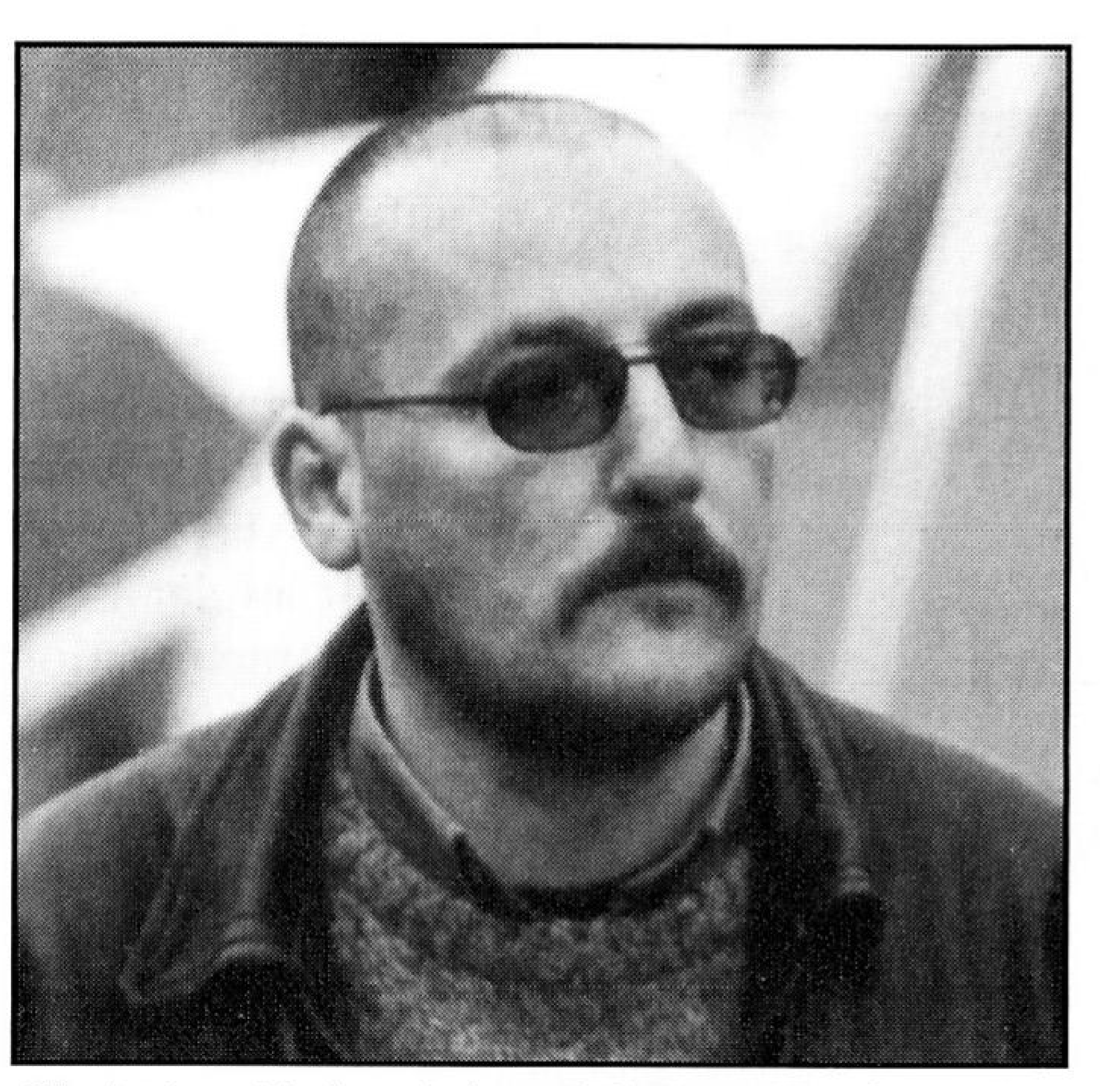
Waldemar Maier



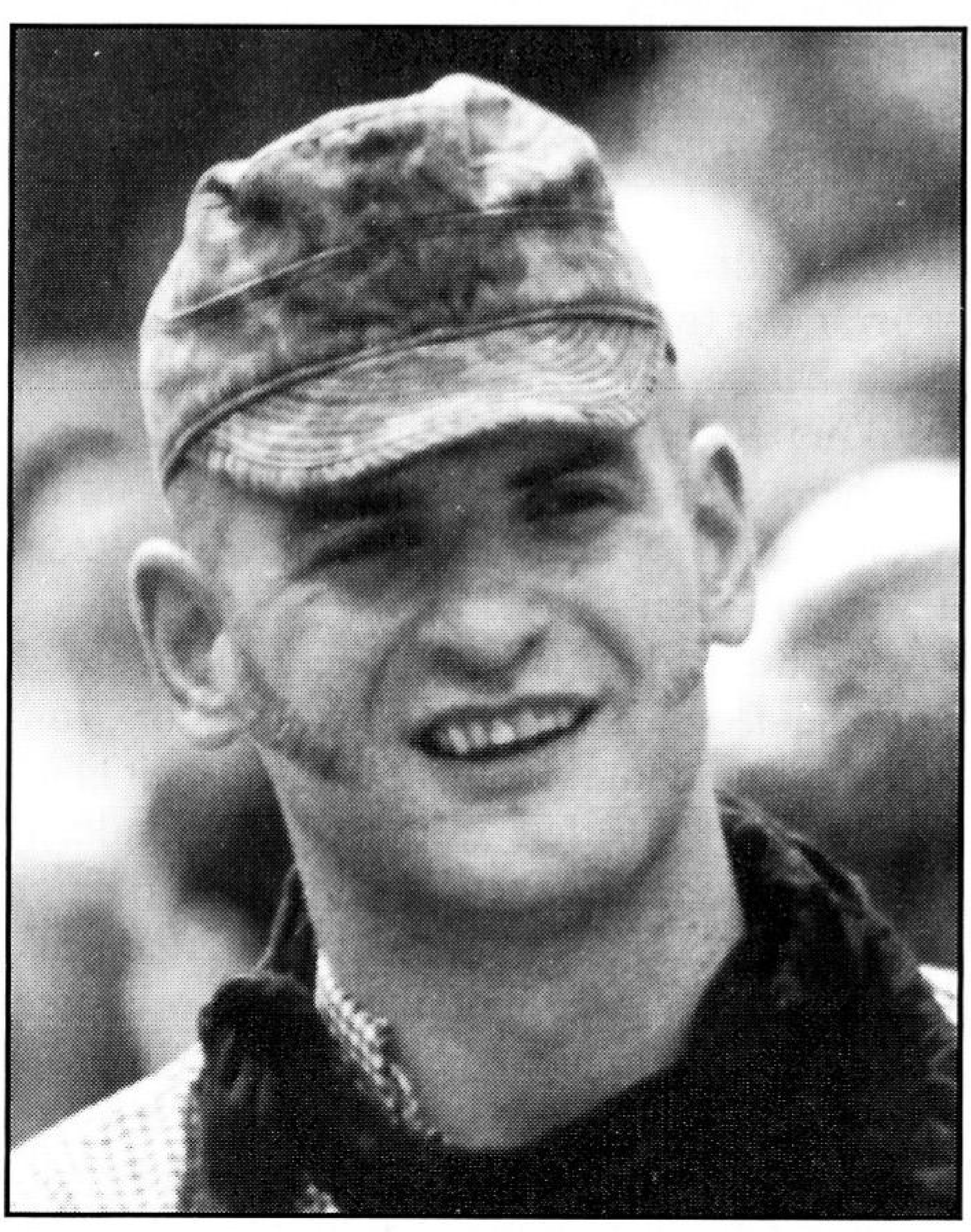
Ulrich Eigenfeld



ex Kroatiensöldner Michael Homeister bei der Bonner Demonstration



Christian Malcoci, langjähriger Funktionär der HNG, bei der Demonstration in Bonn



Thorsten Heise

Deckert wieder verurteilt

Der ehemalige NPD-Chef **Günter Dekkert** ist in Mannheim in einem Berufungsverfahren zu fünf Monaten Haft verurteilt worden. Das Landgericht sprach ihn der Beleidigung des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, sowie mehrerer Polizeibeamten schuldig. Das Gericht bestätigte damit im wesentlichen vorhergegangene Urteile, reduzierte jedoch das Strafmaß um zwei Monate. In zwei Anklagepunkten wurde Deckert freigesprochen. Dabei ging es um je einen Fall von Beleidigung und falscher Verdächtigung. Deckert verbüßt derzeit Strafen aus anderen Prozessen, die sich durch die neuen Strafen erhöhen. Die früheren gegen Deckert verhängten Gesamtstrafen steigen nach Angaben der Vorsitzenden Richterin auf drei Jahre und fünf Monate sowie ein Jahr und vier Monate.

Desweiteren verurteilte das Landgericht Karlsruhe den 58jährigen Ende Dezember, weil er einen Auschwitz-Überlebenden in einem Brief beleidigt hatte. Die Karlsruher Richter bestätigten damit das Urteil aus erster Instanz und wiesen die Berufung von Staatsanwaltschaft und Verteidigung zurück. Die Strafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft hatte 8 Monate Haft gefordert. Deckert hatte angeblich aus „historischem Interesse“ an einen Auschwitz-Überlebenden geschrieben und ironisch gefragt, warum die „NS'ler, die alle Juden beseitigen/vernichten wollten, Sie in der Gegend herumgeschickt haben und Sie sogar überleben ließen“.

CDU kämpft gegen Wehrmachtsausstellung

Die CDU Schleswig-Holstein hat die Entscheidung des Landtagspräsidenten, die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ erstmals in einem Parlament zu zeigen, als krassen Fehler kritisiert. Der CDU-Landesvorsitzende **Peter Kurt Würzbach** sagte Anfang Dezember, das Kieler Landeshaus sei denkbar ungeeignet für eine „unwissenschaftliche Ausstellung“, die „einer pauschalen Verurteilung der Wehrmachtsangehörigen und damit einer ganzen Generation Vorschub“ leiste.

Neue Probleme für Nazi-CD-Vertriebe

Die Strafverfolgungsbehörden in Niedersachsen gehen neue Wege, um die Verbreitung von Skinhead-Musik mit Nazi-Texten zu unterbinden. Im Dezember hat das Landeskriminalamt bei einer Durchsuchungsaktion in Lingen gegen den bundesweit aktiven Vertreiber von „Skinhead-CDs“, **Jens Hessler**, eine sogenannte Vermögensabschöpfung vorgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen hatten ergeben, daß er bei seinen illegalen Geschäften mehr als 180.000 Mark verdient haben dürfte. Die Polizei stellte Werte in der entsprechenden Höhe sicher. Unter anderem beschlagnahmte sie zwei Autos und pfändete Konten. Der 23jährige Hessler wurde verhaftet.

AIB

Nur unter Polizeischutz:
Nazis marschierten in Berlin

5. Dezember '98 in Berlin: Knapp 350 Neonazis demonstrierten vor der Justizvollzugsanstalt Tegel. Vorneweg zwei Transparente: "Freiheit für Frank Schwerdt", der in Tegel wegen Volksverhetzung einsitzt und im Oktober zu einer weiteren Haftstrafe wegen Gewaltverherrlichung verurteilt wurde, und größer und auffälliger: "Freiheit für Kay Diesner", getragen vom Block der sogenannten "freien Kameradschaften".

Mit dabei: Einige wichtige Führungskader der militanten Neonaziszene - unter anderem Anmelder **Jürgen Diestler**, **Steffen Hupka**, **Oliver Schweigert** und **Christian Worch** sowie eine kleine Riege von NPD-Funktionären: Nazianwalt **Hans-Günther Eisenecker**, NPD-Direktkandidat **Ronny Klein** aus Rostock-Lichtenhagen und der JN-Vorsitzende **Holger Apfel**. Das Sagen aber hatten an diesem Tag - wie auch schon am 24.10. in Bonn - die Neonazis aus den "freien Kameradschaften", allen voran Christian Worch und Oliver Schweigert. Die Zusammensetzung unterstrich die Bedeutung des Beisitzers im NPD-Bundesvorstand **Frank Schwerdt** als Bindeglied zwischen den "freien Kameradschaften" und der NPD.

Streit unter Nazis

Schon im Vorfeld hatte es in der Naziszene Streit gegeben: Der JN- und NPD-Landesverband Berlin, allen voran der frühere Bundesvorsitzende der JN **Andreas Storr** aus Berlin, hatten sich geweigert, den Aufmarsch zu unterstützen. Die Zahl der Berliner Teilnehmer war entsprechend gering. Es waren vor allem „Kameradschaften" aus Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt - mit leuchtenden Aufschriften: "Selbstschutz Sachsen-Anhalt" -, die das Gros des Fußvolkes stellten. Und das rebellierte dann ganz offen gegen den Führungsanspruch der NPD, als es um das "Kay Diesner"-Transparent ging. (Zur Erinnerung: Kay Diesner hatte im Februar 1997 einen PDS-Buchhändler mit einer Schußwaffe schwer verletzt und bei seiner Festnahme wenige Tage später einen Polizisten erschossen.) Während Apfel per Lautsprecherwagen forderte, das Transparent aus dem Aufmarsch zu entfernen und Eisenecker sogar deshalb ein Eingreifen der Polizei verlangte (die sich allerdings verweigerte), buhte die Mehrheit der Aufmarschteilnehmer und umjubelte stattdessen Christian Worch, der in Lautsprecherdurchsagen die NPD angriff. Eine von Apfel geforderte Abstimmung über den Verbleib des Transparentes endete damit, daß sich die meisten Nazis auf die Seite der Befürworter stellten, während Eisenecker und Apfel mit knapp 50 Getreuen auf der anderen Seite standen und klein beigaben. Gekrönt wurde der Streit durch Sprechchöre gegen die NPD. Ein Sieg nach Punkten für Christian Worch und die "freien Kameradschaften", denen die NPD nach wie vor zu windelweich ist und die sich darauf beschränken, die Partei für ihre Zwecke - für Aufmarschanmeldungen, Geld, Infrastruktur und als Mobilisierungsfaktor - zu nutzen.

Auch ansonsten fiel die Selbstinszenierung der Neonazis nicht besonders glanzvoll aus: Gerade einmal 350 statt der angekündigten 1.000 Teilnehmer waren gekommen; der Auftaktort wurde eine halbe Stunde vor Beginn aus Angst vor den antifaschistischen Protestaktionen verlegt, die Route erheblich gekürzt, und von einem "geschlossenen Bild" konnte keine Rede sein.

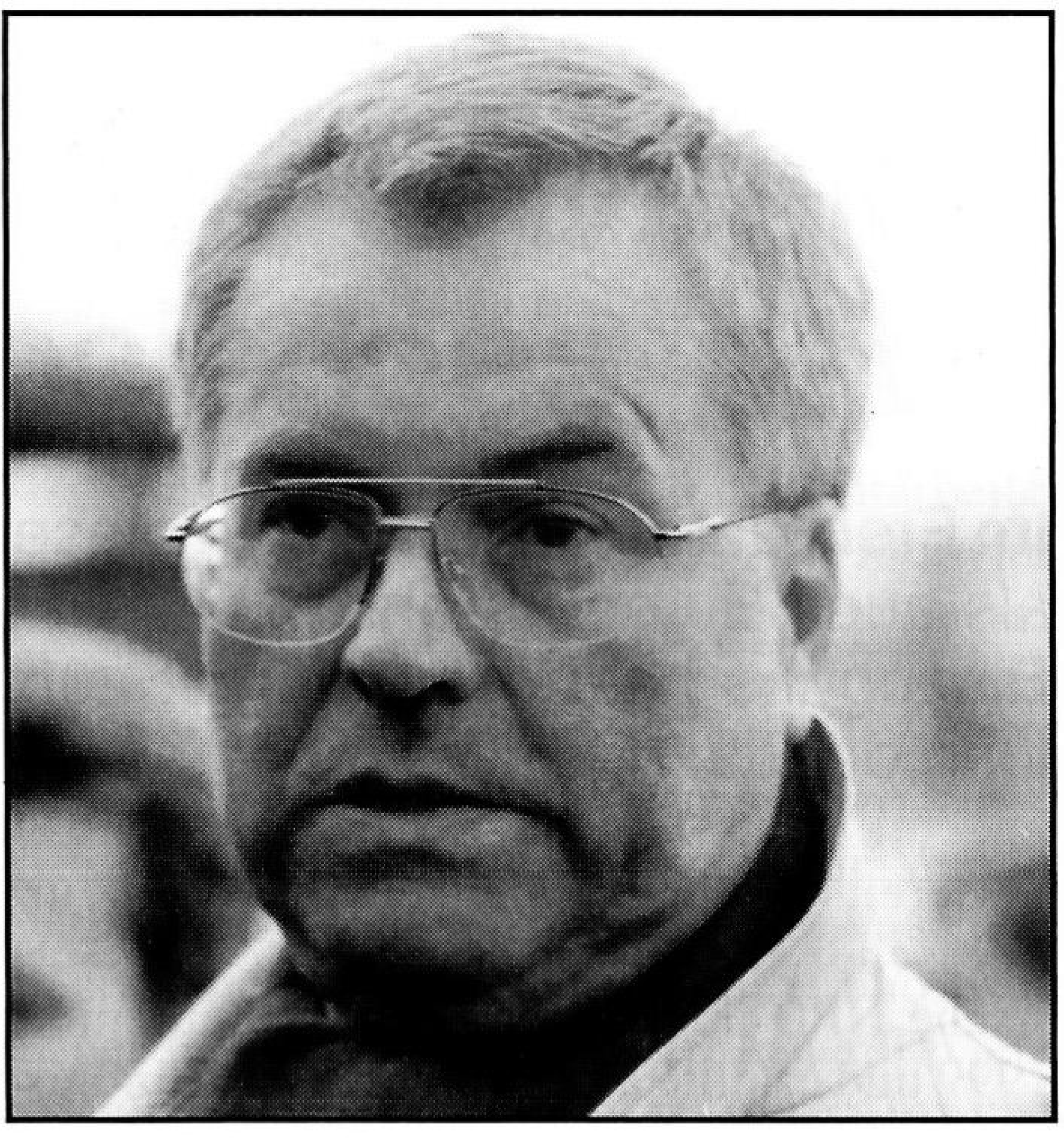
Mißerfolge und Erfolge liegen dicht beieinander

Grund zum Jubeln gibt es für AntifaschistInnen dennoch nicht. Nachdem Mitte November bekannt geworden war, daß die NPD den Aufmarsch plante, reagierte das Berliner „Bündnis gegen Rechts" (BgR) mit einer schnellen Mobilisierung. Um die Aufmarschroute herum und an möglichen Zufahrtswegen wurden von PDS- und B90/Die Grünen-Abgeordneten Kundgebungen angemeldet, nachdem eine zunächst angemeldete Demonstration entlang der Naziroute von der Polizei rundweg verboten wurde. Auch zwei der Kundgebungen fielen Verboten zum Opfer, drei blieben jedoch - mitsamt einer kurzen Demonstration und unter Auflagen - genehmigt. Dadurch war es immerhin möglich, einen Teil des unorganisierten Nazifußvolks direkt wieder nach Hause zu schicken. Eine massive Präsenz von Polizei im gesamten Stadtteil, Platzverweise und ein mitlaufender Polizeikordon rings um den Aufmarsch führten jedoch dazu, daß die Nazis ungestört ihren Abschlußkundgebungsort vor der JVA Tegel erreichen konnten. Als dort dann zwei antifaschistische Transparente gezeigt wurden, griff die grün-uniformierte Schutztruppe der Nazis ein.



Neonazis fordern in Berlin die Freiheit von Frank Schwerdt und von Kay Diesner

Zu den Erfolgen des Berliner BgR zählte sicherlich die unkomplizierte Bündnisarbeit. Die Führungsgremien von PDS und Bündnisgrünen unterstützten die Demonstration, auch wenn von ihrer Basis an diesem Tag - wieder einmal - kaum jemand zu sehen war. Ein weiterer Erfolg war die Pressearbeit des BgR: Dadurch gelang es, die politische Forderung, sich dem Naziaufmarsch entgegenzustellen, in der Woche vor dem 5. Dezember in allen wichtigen Berliner Medien zu transportieren. Auch nach dem Naziaufmarsch bestimmte das BgR die Berichterstattung der Presse. Ein anderes Ziel wurde ebenfalls erreicht: Den Umgang des Berliner Senats und der Polizei mit Neonazis öffentlich zu thematisieren. Berlins neuer Innensenator Ekkehard Werthebach (CDU) verfolgt die gleiche Linie wie sein Vorgänger Jörg Schönbohm: Enge Kooperation mit den Nazis, Repression gegen AntifaschistInnen. Kein Wunder, daß NPD-Pressesprecher **Klaus Beier** vor dem Aufmarsch öffentlich erklärte, er hoffe auf den Schutz des Innensenators.


Frank Schwerdt

Naziaufmärsche - und was tun?

Statt einer eigenen Stellungnahme zu dem Problem, das uns sicher noch länger beschäftigen wird, wollen wir an dieser Stelle auf ein sehr lesenswertes Papier einer "autonomen antifaschistischen Gruppe aus Hamburg" verweisen, die nach dem 19. September in Rostock unter anderem zu den Möglichkeiten antifaschistischer Mobilisierung angesichts von Nazigroßaufmärschen schrieb: "Aus eigener Stärke kann die antifaschistische Bewegung sich in der Regel nicht mehr im Rahmen von angemeldeten Demonstrationen, also allgemein einschätzbaren Situationen, gegen die Bullen durchsetzen. Möglichkeiten entstehen nur noch, wenn ihre eigenen Einsatzkonzepte derart zugeschnitten sind, daß im Sinne von Aufwand-Nutzen-Rechnungen Spielräume für uns entstehen oder bei ihnen selber Chaos herrscht. [...] Ob wir uns nach einer solchen Erfahrung in Kleingruppen an Bullen abarbeiten wollen, was ja zweifellos möglich ist, weil sie nicht immer und überall mit einer Großarmee rumstehen, ob wir in der Stadt möglichst viel Schaden anrichten wollen, um den politischen Preis in die Höhe zu treiben oder ob wir die direkte Konfrontation mit den Nazis am Rande oder bei der Abfahrt suchen wollen. All dies wird sich daran messen lassen müssen, ob es uns gelingt, dem großen Bullenkontingent auszuweichen. Das ist die taktische Dimension, alles andere wäre eine Frage der politischen Einschätzung. [...] Auf einer anderen Ebene brauchen wir eine Diskussion darüber, wie wir auch jenseits des konkreten Widerstands gegen das Auftreten von Nazis gesellschaftlich intervenieren können." (siehe "interim" Nr. 462, Oktober 1998)

Der Artikel erschien zuerst in der Januar/Februar-Ausgabe '99 von „Antifaschistisches Infoblatt" (AIB Nr.46)

drohten mehrere Jugendliche aus einer rechtsgerichteten „Gang" drei Jugendliche von der JG in einem Kaufhaus in der Innenstadt. Als sich diese mit Tränengas verteidigten, verletzten sie drei ihrer Angreifer, bevor sie in die JG flüchten konnten. Grund genug für die regionale Presse die Täter als Opfer darzustellen und die Opfer als Täter, sowie die JG als „gewalttätig" zu bezeichnen. Nachdem Ende Oktober erneut Jugendliche der „Gang" einen Fünfzehnjährigen der JG angegriffen und diesen krankenhausreif geschlagen hatten, erwähnte die Presse nicht den politischen Zusammenhang. „Eine solche Berichterstattung hatten wir bisher in Jena noch nicht erlebt", meint König.

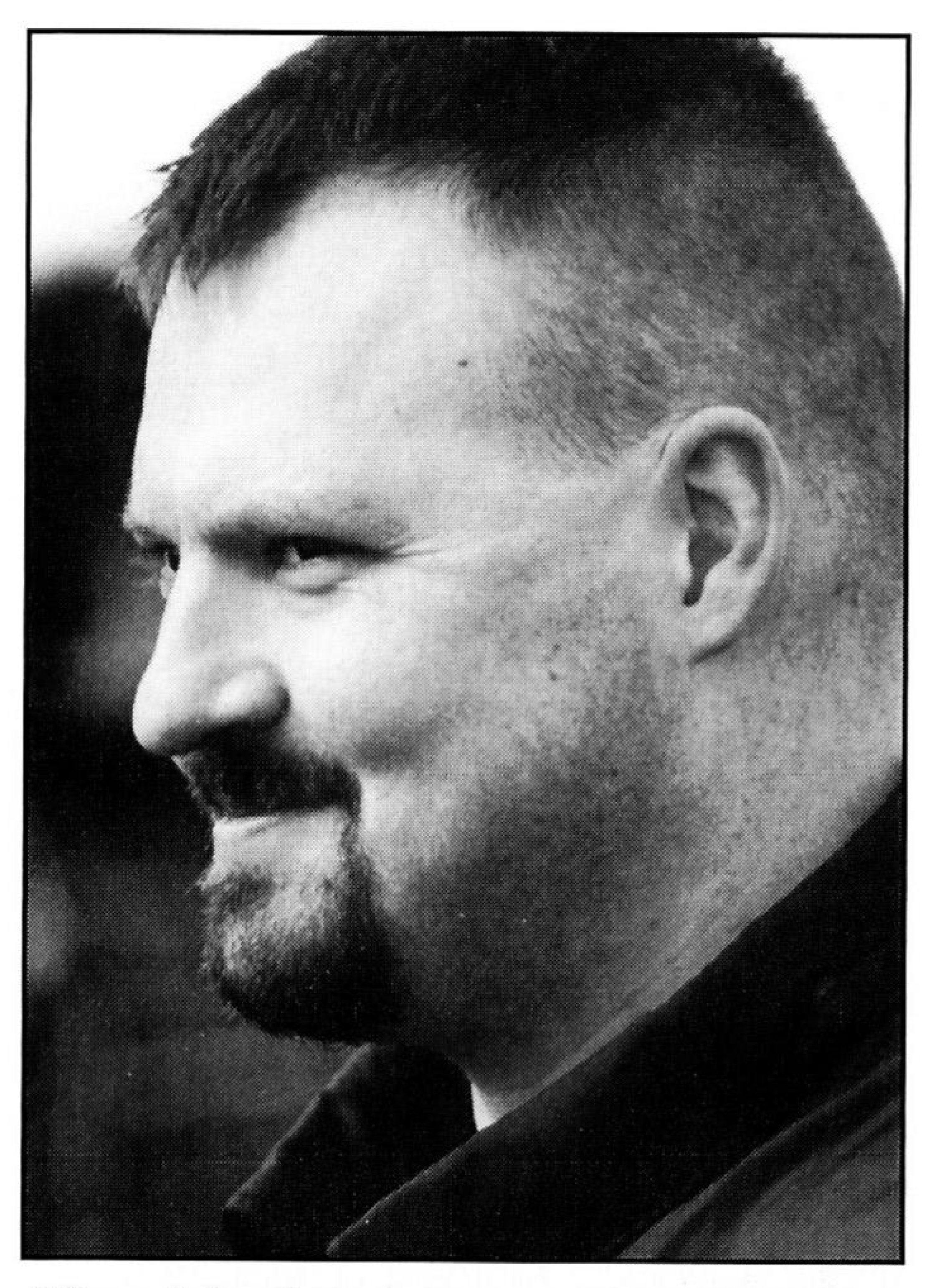
Weniger öffentlich greifen Sozialarbeiter die JG an. Im Jugendamt macht ein Papier von zwei Streetworkern aus zwei Projekten der akzeptierenden Jugendarbeit, die in den Jenaern Vororten angesiedelt sind, die Runde. Sie werfen der JG vor, den Konflikt zu schüren und nicht zu sehen, daß die Jugendlichen ausschließlich „Modernisierungsverlierer" aus den Plattenbausiedlungen seien.

Bei einer Gesprächsrunde Ende November 98, an der VertreterInnen der Stadtverwaltung, des Jugendamtes und KommunalpolitikerInnen teilnahmen, mußte sich König anhören, daß nicht die „desorientierten Jugendlichen" das Problem seien, sondern die JG, die auch den Ruf der Stadt mit ihren Aktionen schädige. Von dieser ginge die Gewalt aus, wie der Stellvertretende Bürgermeister der SPD, die Dezernatsleiterin des Jugendamtes von „Bündnis 90/die Grünen" und der Fraktionschef der CDU einhellig betonten. Letztgenannter möchte die finanzielle Zuwendung der Stadt für die JG streichen. Vor Monaten hatte die JG eine solche Gesprächsrunde eingefordert, um über die Geschehnisse zu diskutieren. Ohne Erfolg. „Mittlerweile macht mir diese Diskussion mehr Sorgen, als die neonazistischen Angriffe" betont König und führt aus: „unsere ganze Jugendarbeit wird diskreditiert und teilweise kriminalisiert". Noch steht der Konvent des Kirchenkreises Jena hinter der JG und dem Stadtjugendpfarrer.

Irma Imker

"Café Germania"

Genau ein Jahr, nachdem das "Café Germania" im Ostberliner Bezirk Lichtenberg seinen Betrieb aufgenommen hatte, kam das Aus: Mietschulden und antifaschistischer Druck sorgten dafür, daß die Betreiber des Nazitreffpunkts das Handtuch werfen mußten.



Oliver Schweigert

Das "Germania" hatte sich innerhalb der letzten zwölf Monate zu einem der "wichtigsten Treffpunkte" der rechtsextremen Szene Berlins entwikkelt, hatte noch wenige Wochen vor der Schließung selbst der ansonsten auf dem rechten Auge blinde Berliner Innensenat bekanntgegeben.

Seit Beginn des Projekts wurde in den einschlägigen Publikationen - von "Deutscher Stimme" über die "Berlin-Brandenburger Zeitung" und auf Nazi-Internetseiten - das entsprechende Publikum umworben. "Nationale Aktivisten" konnten hier bei 'germanischem Met', Nazimusik und Propagandaveranstaltungen ungestört Angriffspläne schmieden. Mehr als ein Dutzend Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und anderen einschlägigen Straftaten laufen momentan gegen "Germania"-Besucher. Monatlich fanden hier auch Vernetzungstreffen von Führungskadern der „freien Kameradschaften" aus Berlin und Brandenburg statt. Insbesondere der momentan inhaftierte NPD-Bundesvorstandsbeisitzer **Frank Schwerdt** sorgte für kräftigen Zulauf aus der Szene. "Nationale Liederabende", beispielsweise mit JN-Gitarrenquäler **Jörg Hähnel** aus Frankfurt/Oder, sollten dem Publikum einen "kulturellen Rahmen" bieten.

Der Betreiber des "Germania", der vorbestrafte **Andreas Voigt**, verfügt über beste Verbindungen zu allen Spektren der Neonazi-Szene in Berlin und Brandenburg. Voigt war führendes Mitglied der Skinheadgruppe "Kreuzritter für Deutschland", die Anfang der 90er Jahre mit größeren Naziskin-Konzerten und brutalen Übergriffen - auch auf vermeintliche Verräter in den eigenen Reihen - von sich reden machte. Als Geschäftsführerin schob Voigt seine 21jährige Freundin **Nadine Sabine Körtegast** vor. Unter anderem aufgrund dieser Konstellation hatte das zuständige Gewerbeamt Lichtenberg Ermittlungen wegen eines Strohmannverhältnisses gegen das "Germania" in die Wege geleitet. Auch ansonsten wurde von Seiten des Bezirksamtes mehrfach deutlich gemacht, daß das "Germania" im Bezirk nicht erwünscht war. Bezirksbürgermeister Friedersdorff (PDS) war Gastgeber einer gutbesuchten Informationsveranstaltung der "Aktion gegen Rechts" im Lichtenberger Rathaus, bei der AnwohnerInnen und AntifaschistInnen über Strategien zur Schließung des "Germania" diskutierten. Auf Initiative der "Aktion gegen Rechts" erhielt die Hausverwaltung einen vom Bezirksbürgermeister und mehreren Abgeordneten unterzeichneten Brief, mit dem eine Kündigung des Mietvertrages gefordert wurde. Für entsprechenden Druck sorgten auch mehrfacher Glasbruch an der breiten Fensterfront des "Germania" (so daß sich die Versicherung schließlich weigerte, den Schaden zu ersetzen) sowie mehrere antifaschistische Demonstrationen: zuletzt Anfang Dezember, als rund 2.000 Menschen vor dem Lokal demonstrierten, während die Polizei die im Inneren versammelten ca. 100 Neonazis schützte. Wie schon bei anderen Antifa-Demonstrationen vor dem "Germania", hatten Neonazis - unter anderem der bekannte Anti-Antifa-Kader **Oliver Schweigert** - zum Selbstschutz des "Germania" mobilisiert.



Das "Germania" stellte sowohl eine Gefahr dar, weil es der Berliner Neonazi-Szene einen öffentlichen Veranstaltungs- und Versammlungsraum bot, aber auch, weil viele unorganisierte rechte und rechtsextreme Jugendliche hier den Einstieg in die Neonazi-Szene suchten und auch fanden. Andreas Voigt hat nach dem Ende des "Germania" am 1. Dezember 1998 großspurig angekündigt, daß das Projekt im Berliner Umland fortgeführt werden solle - sogar als Hotel, mit Internetcafé und ähnlichem. Es bleibt abzuwarten, ob Voigt das dafür notwendige Kapital aufbringen kann. Schließlich ist ja auch das Konzept, bundesweit eine Neonazi-Vernetzung zum Aufbau derartiger Lokale zu erreichen, bisher gescheitert.

Das Ende des "Germania" ist auf jeden Fall als Erfolg einer intensiven und kontinuierlichen antifaschistischen Kampagne zu werten, die sowohl im Bezirk als auch in ganz Berlin für entsprechende Öffentlichkeit und Druck gesorgt hat.

Peter Paschulke

Lummer mußte draußen bleiben

Rechtsradikalen wurde die Einreise nach Israel verwehrt

Der CDU-Politiker und frühere Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer war "empört" über die Zurückweisung einer von ihm geleiteten rechtsradikalen Gruppe in Israel. Die Regierung in Jerusalem hatte am 9. November 1998, dem 60. Jahrestag der Reichspogromnacht, der Reisegruppe des Hamburger Vereins „Die Deutschen Konservativen" die Einreise verweigert.

Zunächst blieb unklar, ob der Vorsitzende der "Deutschen Konservativen" **Joachim Siegerist**, der die Delegation leiten sollte, sich ebenfalls im Flugzeug auf dem Weg nach Israel befand. Er hatte einem Korrespondenten der israelischen Zeitung „Jedioth Achronoth" gesagt, er habe die Reise nach massiven Protesten von Holocaust-Überlebenden kurzfristig abgesagt. Der CDU-Politiker **Heinrich Lummer** sollte ihn vertreten. Im Einladungsschreiben, das die "Deutschen Konservativen" mit der Titelzeile "Eil-Anmeldung zur Israel-Reise '98" kurzfristig verschickt hatten, war Lummer neben **Winfried Pietrek** als Reiseleiter genannt worden. Einige Monate zuvor hatten die "Deutschen Konservativen" Lummer noch gar nicht auf dem Programm: Der Pfarrer Pietrek sollte die Reise gemeinsam mit seiner Frau Damian leiten.



Heinrich Lummer

Auch die Holocaust-Gedenkstätte „Yad Vashem" in Jerusalem hatte im Vorfeld gegen den Besuch der Delegation scharf protestiert: „Dutzende empörter Holocaust-Überlebender" hätten in der Gedenkstätte angerufen und "ihren Protest und Schmerz über diesen Vorfall ausgedrückt, insbesondere zu diesem Zeitpunkt", hieß es in einer Stellungnahme. Und der israelische Parlamentspräsident Dan Tichon forderte schließlich zum Boykott der deutschen Gruppe auf. Siegerist hatte scheinheilig behauptet, die geplante Ankunft der rechtsradikalen Delegation am 9. November sei „reiner Zufall".

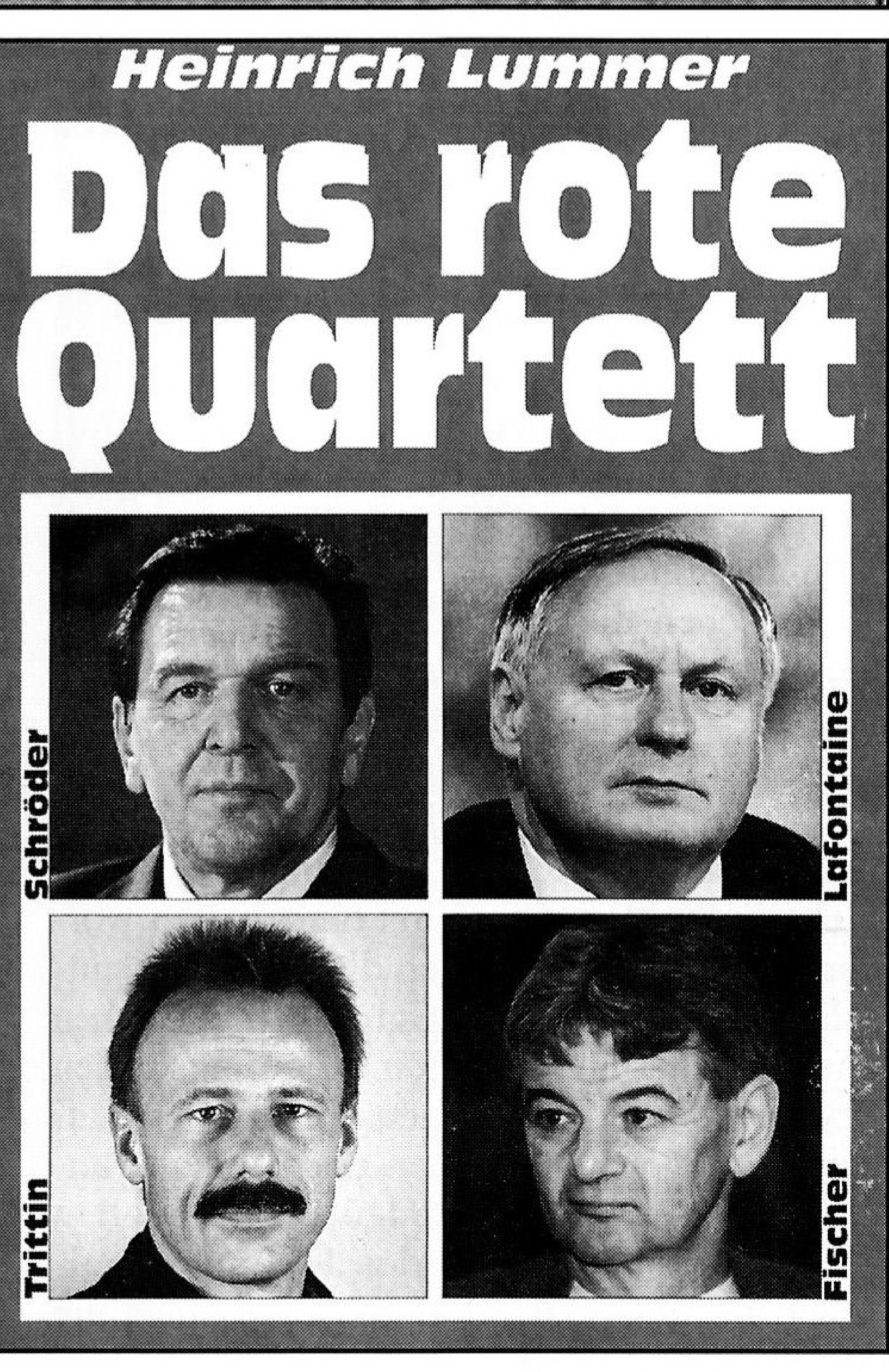
Vor Abflug des Flugzeuges in Deutschland waren Stimmen laut geworden, die die Einreise der Reisegruppe nach Israel bereits vor dem Abflug verhindern wollten. Als die unerwünschten Besucher doch abflogen, weil die Lufthansa eine Beförderungsverpflichtung hat, einigte sich die deutsche Botschaft mit den israelischen Behörden, die Maschine außerplanmäßig in Istanbul zwischenlanden zu lassen, wo die Deutschen das Flugzeug verließen. Lummer sagte der türkischen Fernseh-Nachrichtenagentur APTN: „Ich kann nicht verstehen, warum die israelischen Behörden dies getan haben. Ich finde es unglaublich und inakzeptabel." In einem israelischen Radiobericht hieß es, das Flugzeug sei umgeleitet worden, weil eine Gruppe deutscher Neofaschisten an Bord gewesen sei. Als "völlig unverständlich" bezeichnete es Lummer auch gegenüber der "Berliner Zeitung", daß den Rechtsradikalen die Einreise verwehrt worden sei. Lummer sagte weiter, die Teilnehmer im Alter zwischen 60 und 80 Jahren seien „weder Alt- noch Jung-Nazis" und hätten außerdem ein Visum der israelischen Regierung besessen. Die israelischen Behörden verlangen von jedem Deutschen, der vor 1928 geboren wurde, ein Einreisevisum. Nur wer zu Kriegsende 17 Jahre oder jünger war, ist nicht verdächtig, sich am Holocaust beteiligt zu haben.

In einer Reaktion der deutschen Botschaft in Tel Aviv hieß es, man habe von dem Besuch des „in Deutschland und Israel wegen seiner rechtsextremen Ansichten einschlägig bekannten" Siegerist keine vorherige Kenntnis gehabt.

Im Vorfeld der deutschen Bundestagswahl 1998 hatte der Vorsitzende der "Deutschen Konservativen", Siegerist, durch Anzeigenkampagnen gemeinsam mit Heinrich Lummer gegen eine "Volksfront-Regierung aus Rot-Grün und PDS" als eine "Horror-Vorstellung für unser deutsches Vaterland" agitiert. Der ehemalige Redakteur der "Bild"-Zeitung und der "Hörzu", Siegerist, wurde Ende vorletzten Jahres in zweiter Instanz wegen "Volksverhetzung" zu einer Bewährungs- und Geldstrafe verurteilt.

Lummer hatte für die "Deutschen Konservativen" die Broschüre "Das rote Quartett" verfaßt. Hier schrieb der Christdemokrat vor der Bundestagswahl: "Jedenfalls ist das rot-grüne Bündnis geführt von einem zweifelhaften Quartett, möglicherweise mit Tolerierung durch die PDS, im Vergleich zur jetzigen Koalition das größere Übel. Ein zu großes Übel! Und das hätte Deutschland nicht verdient."





Schon Jahre vor Heinrich Lummer versuchte sich Joachim Siegerist mit einem „roten Quartett" als Erfolgsautor - mit mäßigem Erfolg

Joachim Rohloff

Der Meisthalbierte

Martin Walser und seine Nation

In frühen Jahren wollte Martin Walser von Deutschland nichts wissen. Sein Großvater sei anno 70 zu den bayerischen Fahnen gerufen worden, und sein Vater hätte ohne den Ersten Weltkrieg wohl nie erfahren, daß er ein Deutscher war. Vorm nächsten Krieg sollte „die Biologie endlich liefern, was Geschichte und Tradition, auch bei frechster Fälschung, nicht liefern konnten, nämlich den deutschen Menschen".

Wegen der grausamen Folgen dieses Versuchs wollte **Martin Walser** „am liebsten ein für allemal darauf verzichten, ein Deutscher zu sein". Denn „um uns als Nation aufzuführen, bedurften wir offensichtlich immer irgendeines Talmis zur Blendung aller noch vorhandenen politischen Talente", konstatierte er 1963, „heute gibt es Deutschland nicht mehr." Walser galt als Provinzler vom Bodensee. Der kostbare Umstand, meinte er noch 1984, daß seine Muttersprache sich zum Hochdeutschen verhalte „wie der Baum zum Brett", schütze ihn vorm Nationalismus.

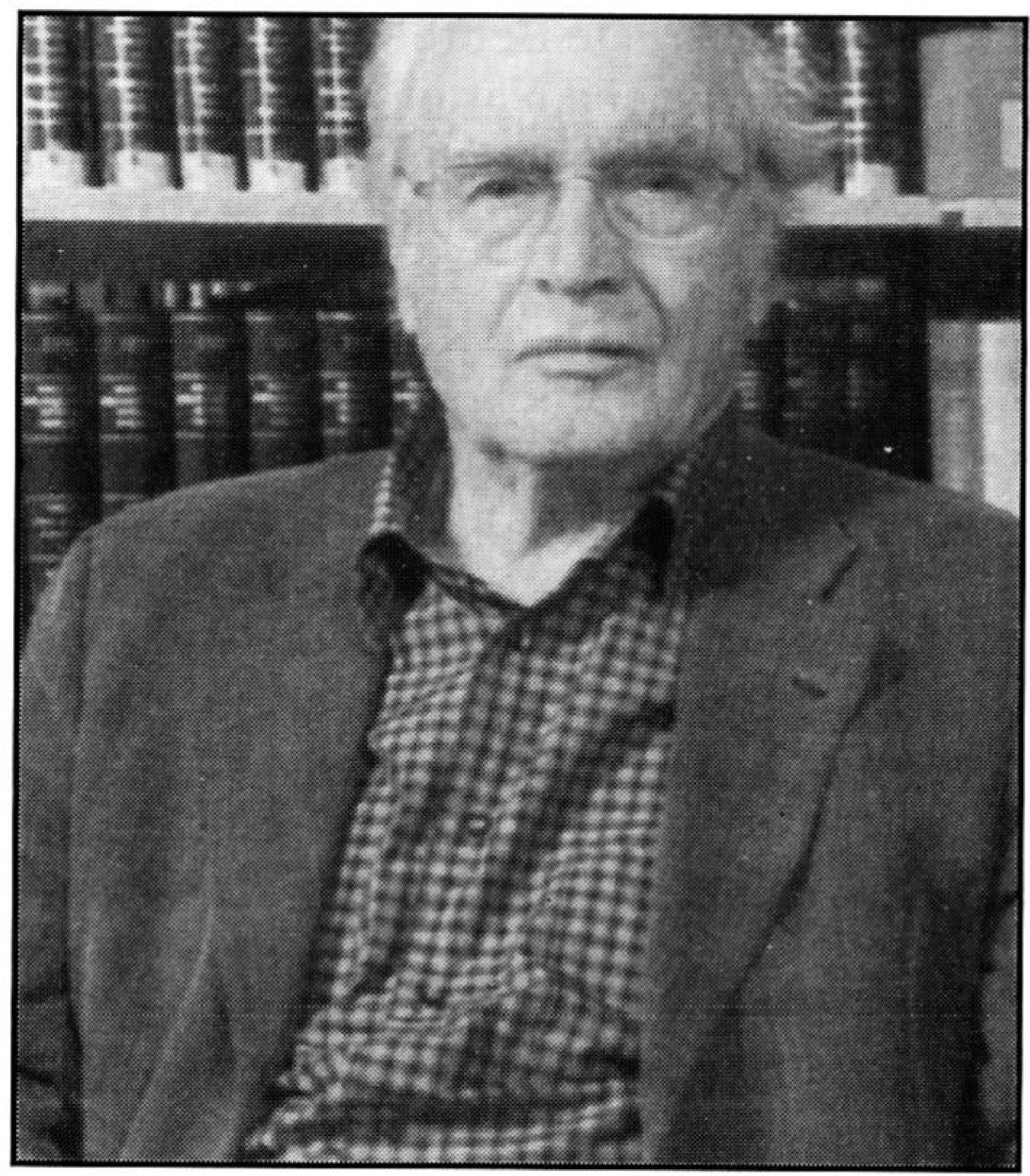
Aber die Provinz ist überall, in Wasserburg wie in Berlin-Neukölln. Wo also sollte man die Nation antreffen, wenn nicht in der Provinz? Als Walser 1977 zum ersten Mal sein Verlangen nach einer Heimat kundtat, die größer sein sollte als der Bodenseekreis, vermochte er es nicht mit des Dichters Kostbarstem, der Sprache, zu begründen. Vielmehr sprach ein Mann sich aus, der einfach nicht anders konnte: „Ich spüre ein elementares Bedürfnis, nach Sachsen und Thüringen reisen zu dürfen unter ganz anderen Umständen als denen, die jetzt herrschen. Sachsen und Thüringen sind für mich weit zurück und tief hinunter hallende Namen, die ich nicht unter 'Verlust' buchen kann. Nietzsche ist kein Ausländer. Leipzig ist vielleicht momentan nicht unser, aber Leipzig ist mein." Interessierte Kreise hätten schon damals einwerfen können, Kant sei auch kein Ausländer, doch Königsberg hallte vorerst in Walser nicht. 1980 reiste er, erstmals unter anderen Umständen, tief nach Frankreich hinunter und fand dort einen Gedanken, der inzwischen aus keinem deutschen Haushalt mehr wegzudenken ist: „Je mehr das Fremde etwas Französisches war, etwas Nationales also, um so beeindruckender war es. Wir haben in Frankreich gelernt - und sind dankbar für die Lektion: Etwas Nationales ist schön."

1984 erreichte Walsers Elementarbedürfnis nach Thüringen eine neue Qualität: „Das Selbstbestimmungsrecht, das von allen Menschenrechten jetzt überall für das höchste gehalten wird - die Deutschen sollen es nicht haben." Aus gutem Grund, das wußte er wohl; trotzdem schmiedete er seine Argumente noch aus dem dümmsten Vergleich: „Wenn die Deutschen Polen wären, dann müßte man sie seriös betrauern, dann wäre das ja eine polnische Teilung." Wer auf den besänftigenden Wohlstand zumindest der Westdeutschen baute oder auf einen Verfassungspatriotismus gar, kannte seine Landsleute schlecht: „Wir täuschen die Welt. Wir tun so, als sei die deutsche Seele mit dem Psychopharmakon Marktwirtschaft abzufinden. (...) Die deutsche Seele, ob sie schwarz oder rot heuchelt, ist unglücklich." Ein Böswilliger könnte daraus schließen, der deutschen Seele sei das Selbstbestimmungsrecht eben deshalb entzogen worden, weil sie glücklich erst wird, wenn sie braun heuchelt; allerdings heuchelt sie dann ja nicht mehr.

Als der fünfzigste Jahrestag des Kriegsendes begangen werden mußte und die Frage ventiliert wurde, ob Sieger und Besiegte ihn gemeinsam begehen konnten, machte Walser einen sarkastischen Vorschlag. „Die ideale Lösung: die deutsche Bevölkerung, Ost und West, verreist am 8. Mai an die Strände und überläßt das Land den Siegern für ihre Feiern." Und er nahm das Jubiläum zum Anlaß für eine historische Lektion: „Mich hat Geschichte, als ich sie studierte, auch nicht interessiert. Ich wachte erst auf, als ich sah, wie deutsche Geschichte täglich für Politik der Sack-und-Asche-Phrase geopfert wurde. Jetzt fühlt es sich an wie eine andauernd versäumte Pflicht, daß ich, alles andere als ein Historiker, nicht sage, wie mir diese Geschichte vorkommt. Kurz so: Unter den europäischen Konkurrenznationen startet Deutschland als letzte, wird erste, wird aber von einem Kaiser und einer Kaste regiert, die, ohne Bismarck, nicht mehr fähig sind, den deutschen Anspruch friedlich zu vermitteln. Kaiser und Kaste betreiben den Militarismus als Politik wie ihre europäischen Vettern auch; die notwendige Folge davon, der Krieg. Der ist also keine rein deutsche Veranstaltung, Versailles ist dann kein Friedensvertrag. Hitler ist ganz und gar eine Ausgeburt von Versailles. Die Behandlung Deutschlands durch die Siegermächte von 1918 bis 33 produziert in den Deutschen die Stimmung der in die Ecke getriebenen Ratte. (...) Der deutsche Rassismus hätte sich ohne die Minderwertigkeit, zu der die Sieger Deutschland verurteilten, nicht zum Wahn gesteigert. So getreten, richtet man sich über jedes Maß auf. Der zweite Krieg ist, im Gegensatz zum ersten, eine rein deutsche Veranstaltung. Wenn aber Hitlerdeutschland nicht durch Germanenkult, sondern durch Versaillesdiktat entstand, dann ist der zweite Krieg eine Folge des ersten. Aber der Sieger reagierte wieder nicht viel vernünftiger, als der zu Züchtigende war: Deutschland wird geteilt. Und das soll jetzt gefeiert werden." Nur ein winziger Einwand: Was hatten die Juden mit alldem zu schaffen?

1986 verfiel Walser auf die absonderliche Idee, seit Jalta und Potsdam stifte Auschwitz die deutsche Nation. „Wie soll jemand in seinem Kopf mit Auschwitz umgehen, wenn er nicht die gesamte Nation weiterhin in sich existent fühlt?" Deutsche Schuld impliziert Deutschland, in der Tat; aus ihr aber Walsers Recht auf Thüringen abzuleiten, das nennt man wohl eine gelungene dialektische Volte.

Im folgenden Jahr fühlte Walser, was sich lange angekündigt hatte: Stuttgart-Leipzig. Es habe sich in ihm „so ein Stuttgart-Leipzig-Gefühl entwickelt". Und sein Leipzig tat ihm weh. „Vielleicht könnte man das einen Phantom-Schmerz nennen. Es tun einem die Glieder weh, die man gar nicht mehr hat." Zwar zählte keine Stadt der DDR jemals zu Walsers Gliedern, doch seine Romanfigur Wolf sprach aus, was die Westdeutschen litten: „Alle leuchteten vor Gelungenheit, aber keiner schien zufrieden zu sein. Sie wissen nicht, was ihnen



Martin Walser

fehlt. Und keiner würde, fragte man ihn, sagen, ihm fehle seine Leipziger Hälfte, sein Dresdener Teil, seine mecklenburgische Erstreckung, seine thüringische Tiefe." Wolf hätte es laut hinausschreien sollen, „aber er traute sich nicht. Aber er wunderte sich, warum es keiner ausrief: Wir sind Halbierte. Und er am meisten." Am allermeisten halbiert war natürlich der Autor dieses literarischen Kleinods selbst.

„Wenn die Geschichte gutgegangen wäre", redete Walser 1988 in den Münchner Kammerspielen, „würde ich heute abend in Leipzig ins Theater gehen und morgen wäre ich in Dresden". Weil aber dazumal die Geschichte noch nicht gutgegangen war, geriet Walser „in einen Geschichtswirbel, der mich dreht und hinunterschlingt", wann immer ihm Königsberg einfiel. Die Rede wurde mit einer Einladung zur CSU ins Wildbad Kreuth beantwortet. Ein Jahr später erhielt Walser den Großen Literaturpreis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste und dreißigtausend Mark.

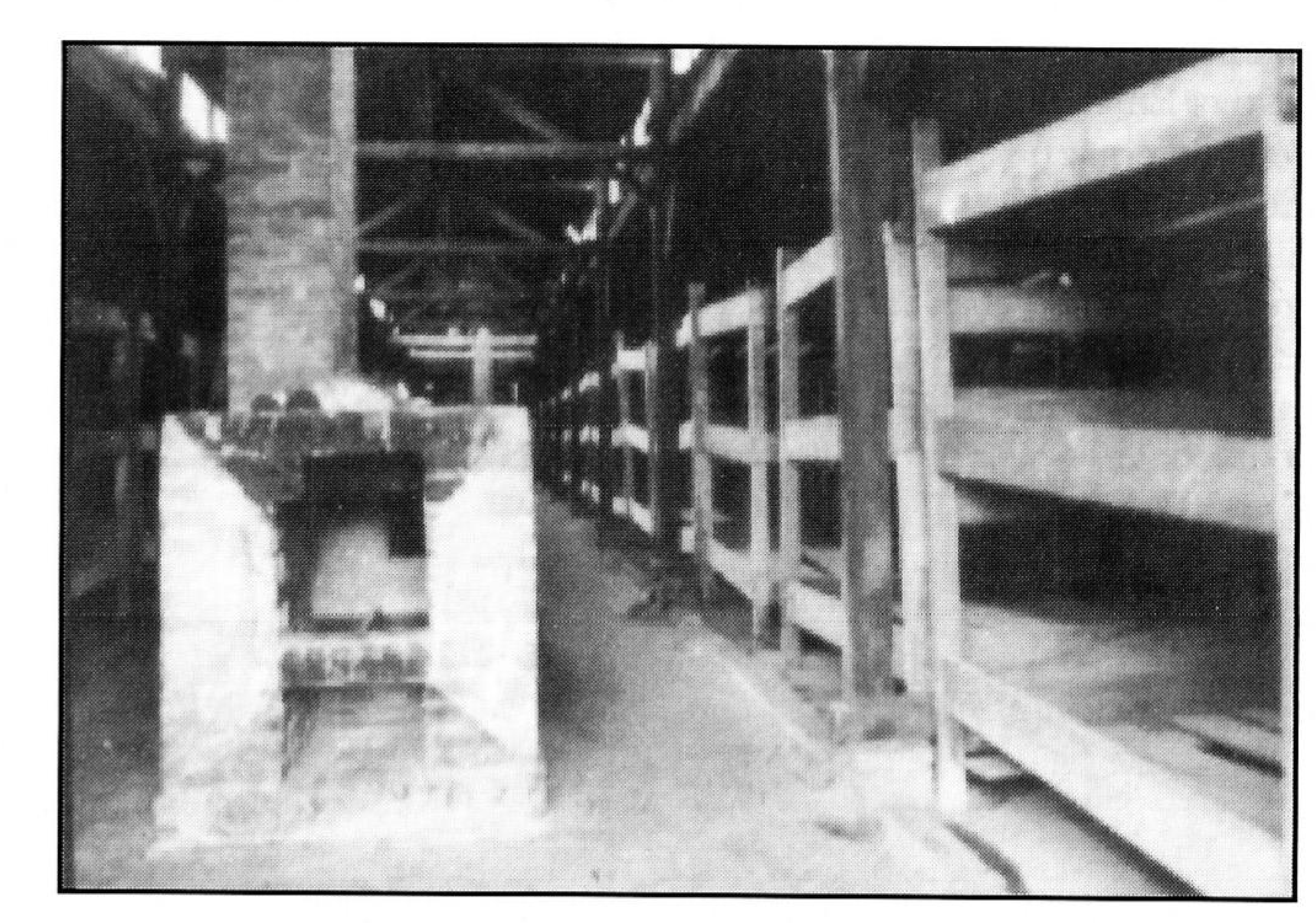
Endlich geschah „das schönste Politische, was ich in meinem Leben erfahren habe". Seitdem freut Walser sich. „Ich kann mich immer noch jeden Tag darüber freuen, daß das gelungen ist. Ich bin neulich mit meiner Tochter Eisenbahn gefahren, und da gibt es so Zugbegleiter, und der Zug fuhr weiter von Konstanz bis nach Berlin, und ich habe gesagt, schau mal, der Zug hält später hier in Erfurt, in Weimar, in Apolda - da habe ich gefragt, weißt Du, wo Apolda liegt? Und Luckenwalde? Schau, und dann kommt er nach Berlin. Und das hat mir gut getan, daß man von Konstanz über Apolda nach Berlin fahren kann." Und schau, manch-

mal kommt er nach Leipzig, der Walser-Martin, und „wenn ich nach Leipzig komme, bin ich einfach froh."

Das häßliche Politische an der deutschen Einigung stimmt Walser eher unfroh, doch er hat Verständnis. „Wir erleben zur Zeit, wie 15- bis 25-jährige ihre Erfahrungen verarbeiten". Die „Erfahrung" war der deutschen Nachkriegsliteratur teuer, man fragt sich deshalb, welcherart „Erfahrungen" sich dadurch verarbeiten lassen, daß man Asylbewerberheime anzündet. Die „unvorhersehbaren Zusammenbrüche der ostdeutschen Wirtschaften", antwortet Walser, hätten „eine Krise erzeugt, die die 15- bis 25jährigen härter trifft als alle anderen. Nicht die deutsche Einigung ist die Produzentin dieser Krise, sondern doch wohl der Totalbankrott des Staatssozialismus. Ohne die ins Wohlstandsgebiet hereinschwappende Not gäbe es keine Radikalisierung, die sich in diesen grauenvollen Brandstiftungen austobt."

Zweitens glaubt Walser, „die Entwicklung rechtsextremer Gruppierungen sei eine Antwort auf die Vernachlässigung des Nationalen durch uns alle". Denn unsere „Skinheadbuben" seien halt „Kinder, die in einer Gesellschaft aufwuchsen, in der alles Nationale ausgeklammert oder rückhaltlos kritisch behandelt wurde. (...) Da ist eine ganze Gruppe Jugendlicher ins Asoziale geraten, nur weil ihr Diskurs (der nach rechts tendierende) überhaupt nicht zugelassen wurde". Nun aber hat die fünfzigjährige deutsche „Selbstunterdrückung" ein Ende, und es stellt sich heraus: die Nation überlebte. „Im Samisdat."

Drittens kommt Walser ganz unvermittelt, aber im selben Zusammenhang auf die Ausländer: „Vor mehr als zehn Jahren habe ich einen wahrhaften Spitzenmanager der deutschen Wirtschaft gefragt, warum man so stürmisch vorgegangen sei bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. (...) Wir alle haben von diesen bei uns Einquartierten profitiert. Wir haben nicht protestiert, solange wir davon profitierten. Jetzt, in der Krise, weisen die schlimmsten Vorfälle auf die Ursachen zurück, die wir jahrelang goutierten." Man weiß zwar nicht, wogegen wir hätten protestieren sollen - ob gegen die Ausländer oder gegen ihre Anwerbung oder gegen das stürmische Vorgehen bei ihrer Anwerbung -, jetzt jedenfalls, und das ist ungerecht, „machen wir Rechtsradikale aus Jugendlichen, die ihren Protest so kraß wie möglich kostümieren".



Walser wurde ob solcher Deutungsversuche angegriffen. Und weil er an der Öffentlichkeit verzweifelte, beschloß er, keine Interviews mehr zu geben. Fortan gab er nur noch letzte Interviews. Anläßlich seines siebzigsten Geburtstags ließ er sich wiederum fragen, auch nach der damals umstrittenen Wehrmachtsausstellung. „Ich habe die Ausstellung nicht gesehen. 'Verbrechen in der deutschen Wehrmacht', also, daß man den ganzen Verein so generell kriminalisiert, ich weiß nicht... 'Die Wehrmacht': das geht mir total gegen den Strich. Es gibt einen Satz, den ich damals zum Historikerstreit gehört habe, der mir auch nicht einleuchtet. Da wurde die Wehrmacht angegriffen, weil durch ihren Einsatz der Betrieb von Auschwitz weiterhin möglich geworden sei. Verstehen Sie, diesen Zusammenhang herzustellen. Die Soldaten, die sich haben erschießen lassen, die haben doch gar nicht gewußt, daß es Auschwitz gibt, die haben doch nicht das Gefühl gehabt, daß sie Auschwitz verteidigen sollen." Gewiß nicht, eher hatten sie das Stuttgart-Moskau-Gefühl. „Deshalb darf man nicht nachträglich sagen: die haben Auschwitz ermöglicht!"

Seitdem er sich zum Deutschtum bekennt, fühlt Walser sich mißverstanden. „Wenn ein inländischer Verächter aus S. mich 'Revanchist' nennt und der feine feuilletonanierende Herr in H. sagt 'Nazi', dann gehe ich in die Knie." Er traut seinem „Geschichtsgefühl" mehr als allen Meinungen. Eine Meinung tauge nur dazu, eine Gegenmeinung zu provozieren. Wenn er geschwiegen hätte, so sinniert er, wären seine Gegner vielleicht angeln gegangen oder ins Kino; da er nicht an sich halten konnte, formulierten sie ihren Widerspruch. Wer aber, als Walser seiner Sehnsucht zum ersten Mal den Namen Deutschlands gab, vermutet hätte, diesem Gefühl müsse sich früher oder später die Meinung zugesellen, daß die Wehrmacht an Auschwitz unschuldig war, dafür aber die vielen Ausländer schuld sind am Neonazismus, der hätte ihn wohl von allem Anfang an durchschaut.

Dieser Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift konkret 10/98. Wir danken dem Autor für die Genehmigung zum Wiederabdruck.

Andreas Speit

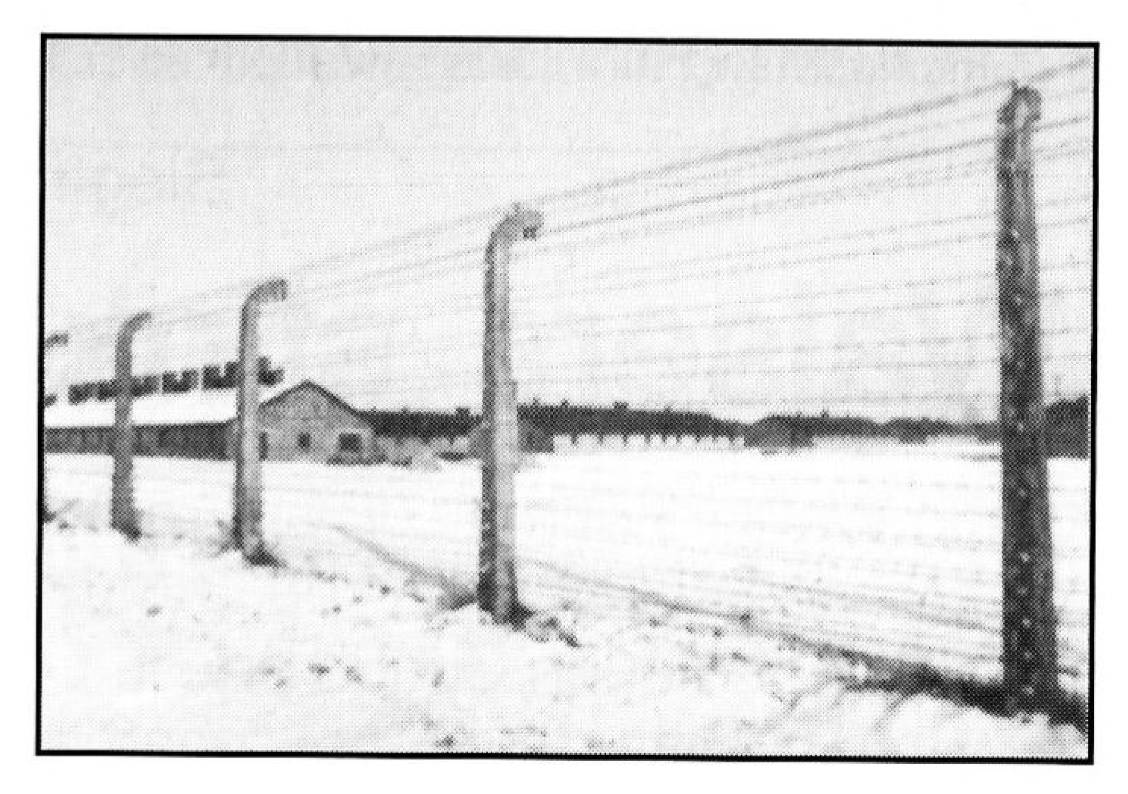
- Vielen Dank, Herr Walser -

Applaus von „Junger Freiheit" und „Deutscher National Zeitung"

Weder Gerhard Frey und seine „Deutsche National Zeitung" noch andere Repräsentanten der extremen Rechten und deren Publikationen interessieren bekanntlich Martin Walser. Würde der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 1998 die aktuelle extreme Rechte reflektieren, wäre ihm vielleicht aufgefallen, was er nicht wahrnehmen mochte.

Seine Worte bei der Verleihung am 11. Oktober 1998 über Auschwitz passen sich in die Sprache der extremen Rechten ein. Ohne Erläuterungen oder Ergänzungen veröffentlichte die „Junge Freiheit" (JF) und die „Deutsche National Zeitung" (DNZ) Walsers Dankesrede „Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede".

Was sollten die JF-Redakteure um **Dieter Stein** auch noch hinzufügen? Zwar zieht Walser keinen Schlußstrich unter die Deutsche Geschichte oder verschweigt Auschwitz: „Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz". Doch was eine Abgrenzung nach rechts sein soll, ist keine. Denn nicht alleine die Negation, sondern die Relativierung und Neuinterpretation Auschwitz' ist ihr Thema. Gleich nach der Auszeichnung Walsers, der einst mit der DKP liebäugelte, setzte die JF ein großformatiges Bild des deutschen Dichters auf ihre Titelseite und druckte die gesamte Rede ab. So konnte ihre Leserschaft Wort für Wort nachlesen, wie Walser, ohne direkt den „deutschen Sonderweg" anzusprechen, indirekt über das Ende des Sonderweges sprach und, verkleidet als Frage, feststellte: „Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk?". Und sie durften nachvollziehen, wie Walser einen „negativen Nationalismus", sowie die Ritualisierung und Instrumentalisierung Auschwitz' durch die „Meinungssoldaten" beklagte: „Auschwitz eigne sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Ein-



schüchterungsmittel oder Moralkeule". Das in Berlin geplante Holocaust-Denkmal bezeichnet er als einen „fußballfeldgroßen Alptraum" - eine „Monumentalisierung der Schande".

Bei so vielen gemeinsamen Stich- und Schlagworten hob **Klaus Hornung** in der selben Ausgabe der „Jungen Freiheit" nur noch hervor: „Unsere Denker und Dichter sollen nicht als Gewissenswarte der Nation auftreten". Außer sie relativieren Auschwitz, was er zwischen den Zeilen betont: „Was Leute anrichten, die sich für das Gewissen anderer in Form eines Holocaust-Denkmals (...) verantwortlich fühlen, kann auch die Furcht im Lande bannen, der 27. September könnte eine Ära des Konformitäts- und Gesinnungsdrucks unter rotgrünen Vorzeichen einläuten". **Horst Mahler**, der mittlerweile regelmäßig in der JF schreibt,

Roger Bach

Offener Bruch im „Front National"

Kommt es zu einer Spaltung des „Front National"? Auslöser eines in dieser Form nie dagewesenen Konflikts innerhalb des „Front National" (FN) war die Ankündigung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Bruno Megret Ende August, als Spitzenkandidat für die Partei in den Europawahlkampf ziehen zu wollen, falls die Kandidatur des Parteichefs Jean-Marie Le Pen von der Justiz untersagt würde.

Spätesten seit Anfang Dezember stehen die Zeichen auf Sturm, nachdem sich Bruno Megret, der langjährige Weggefährte des FN-Chefs Jean-Marie Le Pen - gegen den Willen Le Pens - für einen Sonderparteitag des FN im Januar ausgesprochen hatte. Dieser sollte sich mit der „Einheit der Bewegung" und den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorsitzenden und seinem Stellvertreter befassen. Daraufhin enthob der FN-Chef Megret aller seiner Parteiämter. Am 11. Dezember wurde die Mitgliedschaft Megrets und vier weiterer hochrangiger FN-Politiker bis zur Entscheidung der parteiinternen „Disziplinarinstanzen" ausgesetzt. Danach wurden alle Mitarbeiter Megrets in der Parteizentrale entlassen.

Ursache für diese Auseinandersetzung ist ein tiefgehender Richtungsstreit. Während der 75jährige Parteigründer Le Pen die „ideologisch reine Partei" will, will der intellektuelle Stratege Megret den FN politisch moderat umstrukturieren und „an die Macht" führen. Megret, der 1981 vom gaullistischen RPR zum FN übergetreten ist, geht es vor allem darum, aus der politischen Isolation herauszukommen um endlich mitzuregieren. Dafür ist er auch bereit, Koalitionen mit konservativen Parteien einzugehen. Langfristig spekuliert Megret darauf, den rechten Rand der Konservativen in Frankreich zu integrieren und zum Machtfaktor „einer Union der Rechten" zu werden.

Diese Integrationspläne lehnt Le Pen ab, denn das würde heißen, „mit korrupten Parteien zusammenzuarbeiten". Er scheint davon überzeugt, daß der FN die „Machtübernahme" auch ohne fremde Hilfe schaffen wird. Seinen Haß auf „Ausländer", Kommunisten und Homosexuelle will Le Pen auch in Zukunft ungezügelt herauslassen. Die verbalen Ausfälle des FN-Chefs gegen Juden und Linke sind Bestandteil seiner „Kommunikationsstrategie". Le Pen schreckt sein schlechter Ruf nicht; er will als „Alternative" erkennbar bleiben. Damit hatte der FN bis jetzt einigen Erfolg: Bisher rechnete man mit rund 15 Prozent der französischen Wählerstimmen für den „Front National" bei der 1999 stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament.

Le Pen, der seine Autorität in der Partei vor allem seinem diktatorischen Führungsstil verdankt, wird alles daran setzen, seinen Rivalen Megret völlig aus der Organisation zu drängen. Dessen Ziel dürfte darin bestehen, im Falle einer Spaltung einen möglichst großen Teil der Basis mitzunehmen oder aber, wenn der von ihm angestrebte Parteitag denn stattfindet, Le Pen als Vorsitzenden des FN abzulösen. Für letzteres braucht Megret satzungsgemäß die Zustimmung eines Fünftels der rund 50.000 Mitglieder des FN. Mit einem Rundschreiben an die Mitgliedschaft sammelt er Unterschriften für die Einberufung dieses Parteitages.

Bernhard Schmid

Le Pen verurteilt

Seit dem 17. November 1998 steht es fest: Jean-Marie Le Pen, nach zahllosen entgegenlautenden Spekulationen, ist nunmehr doch Spitzenkandidat der französischen Rechtsextremen für die Europaparlamentswahlen am 13. Juni 1999. Das Versailler Gericht hat sein Urteil in dem Berufungsprozeß gefällt, in dem der neofaschistische Führer wegen seiner Gewaltausbrüche gegen die sozialistische Parlamentskandidatin Annette Peulvast-Bergeal vom Mai 1997 auf der Anklagebank saß.

Die Dauer des Entzugs der bürgerlichen Ehrenrechte und damit des passiven Wahlrechts für den Chef des "Front National" (FN) wurde zwar gegenüber dem erstinstanzlichen Urteil von zwei Jahren halbiert, die Freiheitsstrafe von drei Monaten auf Bewährung aber beibehalten. Damit wäre **Jean-Marie Le Pen** eigentlich daran gehindert gewesen, zu den kommenden Europaparlamentswahlen anzutreten. Doch ein allerletzter Rechtsweg blieb dem rechtsextremen Parteichef noch offen. Er hatte fünf Tage Zeit zu entscheiden, ob er vor den Kassationshof - das oberste französische Gericht in Straf- und Zivilsachen - als letzte Instanz ziehen wollte.

Am 20. November gab Le Pen bekannt, daß er diesen Rechtsweg beschreiten wolle. Das ist für den neofaschistischen Politiker nicht ohne jedes Risiko: Je nach Dauer der Zeitspanne, während der das Verfahren anhängig sein wird, könnte er für die kommende Präsidentschaftswahl 2002 unwählbar sein. Diese drohende Perspektive ließ ihn lange zögern. Doch letztlich blieb ihm keine Wahl - zu laut wurde das Verlangen seines Stellvertreters und Anwärters auf die Nachfolge an der Parteispitze, **Bruno Mégret**, im Falle einer "Verhinderung" des Chefs an seiner Stelle die Spitzenkandidatur zu übernehmen.

Ursprünglich wollte Le Pen dem "Risiko Mégret" begegnen, in dem er seine Gattin an seiner statt als Strohfrau antreten ließe. Ähnlich wie Mégret, der seine Frau zur Bürgermeisterin von Vitrolles wählen ließ. Dies scheiterte im Ansatz allerdings an der offensichtlichen Dummheit der Ausersehenen. Um ihre religiösen Überzeugungen herauszustreichen, erzählte **Jany Le Pen**, die den "protestantischen Zirkel" des "Front National" leitet, in einem Interview gleich mehrfach von ihrer "feierlichen Erstkommunion". Volltreffer: wie die sie interviewende Journalistin genüßlich herausstellte, gibt es bei den Protestanten eine solche Zeremonie überhaupt nicht. So war Bruno Mégret nicht beizukommen, der ebenso Ideologe wie ambitionierter Stratege ist - er ist es etwa, der im Gegensatz zu Le Pen die Bedeutung der "sozialen Frage" für die rechtsextreme Propaganda erkannt hat. Im November 1998 war er in die Küstenstadt Le Havre geeilt, wo massive soziale Mobilisierungen gegen die Schließung der dortigen Werftenindustrie stattfanden, und versuchte den von Massenentlassungen bedrohten Lohnabhängigen einzureden, sie seien vom "Internationalismus in Gestalt der Globalisierung" bedroht, der die "nationale Präferenz" entgegenzusetzen sei - während die antinationale Regierung "über ihre IWF-Beiträge südkoreanische Werften" finanziere.

Die in Versaille gegen Le Pen abgeurteilte Gewalttat ist beileibe nicht die einzige und auch nicht die schwerwiegendste, die auf das Konto der französischen neofaschistischen Partei geht. Allein 1998 fanden mehrere Mordprozesse statt, in welche der "Front National" als politische Organisation verwickelt war. Beispielsweise am 15. Mai wurden vier ehemalige Skinheads wegen des Mordes an dem Marokkaner Brahim Bouarram verurteilt, der am 1. Mai 1995 während des alljährlichen Aufmarsches des FN zu Ehren der "Nationalheiligen" Jeanne d'Arc in die Seine gestoßen worden war und ertrunken ist. Während des Prozesses kam auch die Rolle des FN-Ordnerdienstes DPS („Abteilung Schutz und Sicherheit"), den Kritiker oft als "private Miliz" beschreiben und für den mehrere der Angeklagten tätig waren, zur Sprache: Acht Jahre Haft für den Haupttäter **Mickael Freminet**, je fünf Jahre für die drei Komplizen, von denen zwei das Gericht als freie Männer verlassen haben, da die Strafe mit der Untersuchungshaft abgegolten war. Oder, ein anderes Beispiel, die Verurteilung von drei "Front National"-Mitglieder am 22. Juni in Marseille: Im Februar 1995 war der 17-jährige Ibrahim Ali von ihnen unter Federführung von **Robert Lagier** erschossen wurden. Im Zeugenstand erklärte Bruno Mégret seinerzeit, die drei Aktivisten würden "zur Elite unserer Landsleute" gehören.

INTERNATIONALE MELDUNGEN

AN im Erneuerungsrausch

Auch nach den im Oktober im Rom erstmals durchgeführten parteiinternen Vorwahlen nach US-Vorbild und der im November endlich erreichten Aufnahme in die „ehrenwerte Gesellschaft" der rechtskonservativen UPE-Fraktion im Europaparlament, gehen der italienischen „Alleanza Nazionale" (AN) die Erneuerungsideen nicht aus. Vom 15. März bis 30.Juni 1999 können fortan Interessierte per Telefonanruf bei einem Call Center in Rom AN-Mitglied werden. Die vorgesehene Kapazität von 14.000 Anrufen pro Stunde wird dabei wohl nicht ganz ausgeschöpft werden. Gleichwohl bedeutet dieses, vorerst auf gut 3 Monate begrenzte Experiment qualitativ einen weiteren Schritt von der neofaschistischen Kader- zur rechtsbürgerlichen Karteileichenpartei. Quantitativ hat diese Umwandlung des ehemals neofaschistischen MSI freilich geradezu zu einer Mitgliederexplosion geführt. Aus den 119.528 MSI-Militanten von Ende 1987 sind Ende 1998 485.000 AN-Mitglieder geworden. „Alleanza Nazionale" ist damit nach dem sozialdemokratischen PDS und weit vor der rechtsradikalen Konkurrenz von **Berlusconis** „Forza Italia" (161.000 Mitglieder) und **Bossis** „Lega Nord" (100.000) die zweitgrößte Partei Italiens. Einen vergleichbaren Umfang hatte der MSI nur einmal 1972 - auf dem Höhepunkt der „strategia tensione" (Strategie der Spannung) mit offiziell 451.900 Parteimitgliedern.

Den von **Gabriele Pagliuzzi** und **Eugenio Riccio** geführten AN-Liberalen ist nichtsdestotrotz die Verbindung zum MSI noch immer viel zu stark. Anläßlich einer von ihnen Mitte Dezember in Rom organisierten Konferenz unter dem Titel „Die Rechte angesichts der Einheitspartei der Moderaten, der Katholiken und der liberalen Reformisten in Italien und in Europa" forderten sie die Entfernung der alten MSI-Flamme aus dem blau-weißen AN-Symbol ebenso wie die Schaffung einer Einheitspartei der rechten Mitte. Darüberhinaus mißfällt ihnen, daß sich noch immer zu viele ex-MSI'ler in AN-Spitzenämtern befinden und es in der Peripherie der Partei noch immer Antisemiten gäbe. Letztere Erklärungen wurden nach einer Unterredung mit AN- und ex-MSI-Chef **Gianfranco Fini** dementiert.

Die Parallele zum PDS (Partei der Linksdemokraten), der 1991 aus dem Mehrheitsflügel der damals aufgelösten italienischen KP entstand und heute die wichtigste sozialdemokratische und stärkste Regierungspartei ist, ist offenkundig. Auch dort sind mittlerweile die Reste der PCI-Symbolik aus dem PDS-Emblem verbannt und organisatorisch eine Verschmelzung mit noch rechteren Sozialdemokraten, linken Christdemokraten, Liberalen u.ä. vorgenommen und die Programmatik weiter verwässert worden. AN unterliegt als rechtes Gegenstück zum PDS den gleichen Mechanismen wie dieser. Für beide ist - auf jeweils spezifische Weise - nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz (und damit der „kommunistischen Gefahr") sowie der Integration des allergrößten Teils der ehemals revoltierenden Mittelschichten der historische Bezugsrahmen entfallen und was bleibt ist (wie Tony Blairs Chefideologe Anthony Giddens so treffend sagt:) der Weg als Ziel. Die permanente organisatorische und ideologische Erneuerung als (in Zeiten allgemeiner Inhaltsleere, Belanglosigkeit und Apathie) das probateste Mittel zum Fischen des Mainstream-Wählers der sog. „neuen Mitte". Wobei beiden ihr fast 50jähriger (1947 - 94) Ausschluß von der direkten Regierungsverantwortung die Aura der - scheinbaren - Unverbrauchtheit verschafft.

Le Pen-Kontaktpflege in Italien

„Front National"-Chef **Jean-Marie Le Pen** war vom 20.-22.11.98 Stargast einer als „privat" deklarierten „Konferenz" der bisher weitgehend unbekannten „Fronte unitario degli italiani" (Einheitsfront der Italiener) im luxuriösen Hotel Excelsior in Triest. Präsident der „Fronte", hinter der offensichtlich Geld steckt und die nach eigenen Angaben über Büros in Mailand, Rom und Neapel verfügt, ist der Botschafter **Fabrizio Rossi Longhi**. Bei selbigem handelt es um einen engen Freund des langjährigen (inzwischen verstorbenen) MSI-Führers **Giorgio Almirante**. Bewacht wurde die Veranstaltung außer von einem stattlichen Polizeiaufgebot auch von einem aus Skinheads bestehenden „Ordnungsdienst", der von dem „Fronte"-Funktionär **Adriano Ivancich** befehligt wurde. Ein Team des staatlichen italienischen Fernsehens RAI, das während einer Pause Filmaufnahmen von den aus dem Tagungssaal kommenden Teilnehmern machen wollte, wurde von diesem „Ordnungsdienst" attackiert und aus dem Haus gedrängt. Trotzdem mußte das Treffen zweimal für längere Zeit unterbrochen werden. Am Freitag, weil eine Gruppe vermummter linker Jugendlicher Rauchbomben in die Vorhalle des Hotels warf und am Sonntag infolge einer fingierten Bombendrohung bei der staatlichen Nachrichtenagentur ANSA.

Was außer der von Le Pen persönlich vorgetragenen FN-Standardrede und den Verbalattacken der „Fronte"-Führer Rossi Longhi und Ivancich auf die 'verweichlichte und das Vaterland verratende Politik' von „Forza Italia" und „Alleanza Nazionale" noch Thema der illustren Zusammenkunft war, blieb leider im Dunkeln.

Faschistenaufmärsche und Gegendemo an Francos Todestag

Spaniens extreme Rechte beging am 20. November den 23. Todestag des Schlächters Francisco Franco (traditionell der wichtigste Tag des Jahres für die Hinterbliebenen des spanischen Militär-Faschismus) mit zwei getrennten Kundgebungen in Madrid. Dabei gelang es der „Confederacion Nacional de Ex Combatientes" (Nationale Konföderation der ehem. Franco-Kämpfer) gerademal.500 Altfaschisten in der Plaza de Oriente zu versammeln. Dort lauschten sie u.a. den Reden von **Eduardo Toledano** und **Blas Pinar** (ehemaliger Führer der „Fuerza Nueva", die sich vor einigen Jahren selbst aufgelöst hat) und sangen zum Abschluß die Franco-Hymne „Mit dem Gesicht zur Sonne".

Mehr Zulauf erhielt die derzeit wichtigste neofaschistische Organisation Spaniens, die „Alianza para la Unidad Nacional" (Allianz für die Nationale Einheit - AUN), die ca. 1.500 Sympathisanten vor das noch vorhandene Reiterstandbild Francos auf der Plaza de San Juan de la Cruz mobilisierte. Ihr Führer **Ricardo Sáenz de Ynestrillas**, der auch im rechtsradikalen „Ultra Sur"-Fanclub von Real Madrid tonangebend ist, nahm in seiner Hetzrede die alten Kameraden (die nur noch einmal im Jahr ihre Blauhemden abstauben würden) ebenso ins Visier wie die spanische Krone, die rechte Zentralregierung unter Aznar, die bürgerlich-regionalistischen Regierungen im Baskenland und in Katalonien und das demokratische System insgesamt. Er erinnerte an die jüngste AUN-Kampagne für die Spanisierung des Baskenlandes und kündigte ähnliche Aktionen in Gibraltar und den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika an. Im britisch besetzten Gibraltar wurde er denn auch prompt am 6. Dezember zusammen mit 6 weiteren AUN-Kameraden wegen „Störung der öffentlichen Ordnung" und Hissens einer spanischen Flagge im Castillo von El Moro von der Royal Gibraltar Police festgenommen.

Gegen die beiden faschistischen Kundgebungen am 20.11. gab es zeitgleich eine Protestdemonstration von mehr als 1.000 Antifaschisten, an deren Spitze einige Dutzend vermummte Jung-Antifas der „Coordinadora Antifascista" gingen, die in der Calle de Atocha an der Stelle rote Nelken niederlegten, wo 1977 Ultrarechte ein Attentat auf linke Arbeiteranwälte verübt hatten. Es kam zu keinen größeren Zwischenfällen und die Polizei beschränkte sich auf ihre Präsenz.

Schweizer Neonazi wegen Anschlägen verurteilt

Mitte November verurteilte das Bezirksgericht Baden einen 24jährigen Jurastudenten und Unteroffizier der Schweizer Armee wegen dreier Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in Nussbaumen und Brugg, wegen Verfassens eines rassistischen Flugblattes und Bedrohens einer Leserbrief-Schreiberin zu drei Jahren Zuchthaus und 1.000 Franken (= 1.200 DM) Geldbuße. Der aus dem Umfeld der neonazistischen „Nationalen Initiative Schweiz" (NIS) stammende Brandstifter, der breits in der Armee als „sadistischer Schleifer" aufgefallen war, war nach dem dritten Anschlag Ende August 1997 verhaftet worden. Bemerkenswert ist die mündliche Urteilsbegründung des Gerichtspräsidenten **Meyer**, der offenherzig erklärte, das Gericht habe „einigermaßen großzügig" zugunsten des Angeklagten entschieden, obwohl die „kriminelle Energie sich stetig gesteigert" habe.

über Körper und Geist definiert, was Hansen nicht ausführt. Aus Interesse an Evolas Rassenlehre traf sich 1940 Benito Mussolini mit ihm. Er war aber nicht der Liebling Mussolinis, auch wenn er in dem regimetreuen „Il Regime Fascista" veröffentlichte und sich am Aufbau der Kaderschule „Scoula Mistica del Fascismo" beteiligte. Außer Evolas „Anti-Christianismus" dürfte den Duce dessen rechte Kritik am italienischen Faschismus gestört haben, nach der die faschistische Herrschaft zu wenig traditionell und elitär gewesen sei.

Bereits 1996 schreibt **Jürgen Hatzenbichler** in „Querdenker: Konservative Revolutionäre" Evolas Rassentheorie schön. Er weist darauf hin: „Evola warnt vor den Entartungen der Rassenlehre", erwähnt aber nicht, daß Evola unter der „Entartung" die inkonsequente und atraditionelle Praxis meinte. Weißmann und Schwarz lassen dies gänzlich unerwähnt.

Dafür sehen sie in Evola Aspekte eines „Anarchismus von rechts" verkörpert. In der selben "Criticón"-Ausgabe in der Hansen schreibt, stellt Weißmann Evola indirekt als einen „Anarchisten von rechts" dar, welcher sich grundsätzlich dadurch auszeichnet, das „Wissen um die Wiederkehr des Ewiggleichen" zu haben, „kein Modell für das Zusammenleben aller Menschen (zu / A.S.) geben" und dessen „'direkte Aktion' (...) die gelungenste Geste (ist / A.S.)" (April/Mai/Juni 98).



„Weissglut" - Dark Wave Band im Geiste Evolas

Schwarz bezeichnet Evola ebenso indirekt als „rechten Anarchisten", aber nicht im Booklet der CD oder in „Nation und Europa", wo er auch über Evola schreibt, sondern in dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme" (6/98). In „Gegengift" betitelt Weißmann Evola indes direkt als „Konservativen Revolutionär" und widerspricht sich.

Evola selbst schätze für sich die Bezeichnung „kshatriya" (Sanskrit: Krieger), der außer gegen die Werte der Moderne auch gegen die „Prinzipien des Weiblichen" ankämpft. Grundsätzlich gilt „das weibliche" als minderwertig gegenüber „dem männlichen", das sich für Evola in seiner reinsten Form im Krieger und Asketen ausdrückt.

Nicht ganz so tapfer und enthaltsam floh der Kshatriya 1944 vor dem alliierten Vormarsch nach Wien. Bei einem Bombenangriff wurde er jedoch verwundet und saß seitdem im Rollstuhl.

Neben der „Revolte gegen die Moderne" heben die neugewonnenen Evolianer immer wieder sein „Menschen inmitten von Ruinen" (1953) hervor, in dem er erneut anmerkt: „So ist jede Demokratie in ihrem eigenem Prinzip eine Schule der Immoralität, eine Beleidigung der Würde und der inneren Haltung". Schwarz versteht dieses Werk als zusammengehörig mit Evolas „Den Tiger reiten" (1961). Außer dem üblichen Beklagen der Moderne (des Tigers; Anm.d.Verf.), empfiehlt Evola als Haltung, nicht als Handlung: „Handle so, daß dasjenige, dem Du nichts anhaben kannst, auch Dir nichts anhaben kann". Denn der Tiger muß vorsichtig geritten werden, nur wer sich dabei auf dem Rücken hält, kann seinen Zähnen entgehen.

Diese „apoliteia" Evolas greifen auch die Dark-Wave-Bands um **Josef Klumb (alias Jay Kay)** „Forthcoming Fire" und „Weissglut" auf, sowie die Dark-Wave-Formation „Camerata Mediolanense" um **Elena Previdi**. Bei ihren Inszenierungen des Heroischen und Martialischen, des Mystischen und Kultischen stehen Evolas habituelle und metaphysische Kriterien im Hintergrund. Sie kennzeichnen u.a. ihren ästhetischen Fundamentalismus, welcher auf ihrem Unbehagen gegen die Moderne beruht. Für Klumb und Previdi, als auch **Adam Kadmon** und Pockrandt sind Evolas Aussagen aus „Den Tiger reiten": „Die Zersetzung kann Wirkliches nur selten in Mitleidenschaft ziehen. Vieles von dem, was es trifft, verdient weder Verteidigung und Trauer, noch Beweinung" ein ästhetischer Leitstern im Dunkel der Moderne. Er ziert so auch das Booklet von „Cavalcare la Tigre".

„Den Tiger reiten" erschien erstmals 1997 in **Stefan Ulbrichs** Arun-Verlag in deutscher Übersetzung, wo auch die „Revolte gegen die Moderne" seit 1995 verlegt wird. Worauf Pockrandt im Booklet hinweist und sogleich dem ehemaligen „Junge-Freiheit"-Mitarbeiter Ulbrich für seine Unterstützung bei dem Projekt dankt. Ausführlich stellte „Sigill" Ulbrich schon 1996 ihrer Öffentlichkeit vor, und sehr wohlwollend besprach **Steffen Hausdorf** Ulbrichs „Im Tanz der Elemente" in der selben Ausgabe (Sommer 1996).

In Sorge um das Ansehen seines „Gurus" grenzt Schwarz Evola scharf von anderen esoterischen Propheten ab. Evolas Arbeiten seien weit entfernt von dem „seichten New-Age-Geplätscher", versichert er in „Nation und Europa" und hätten nichts mit dem „Grusel-Okkultismus der Winkellogen" gemein. Diese „begrenzten Geister" wollten nur die Suchenden mit „New-Age-Fastfood" abspeisen und Geschäfte machen. Schwarz verschweigt, daß bevor Ulbrich seinen esoterisch ausgerichteten Verlag gründete, einer der Branchenführer des Esoterik-Buchandels, der „Ansata-Verlag", die „Revolte" verlegte und Evola in jeder gutsortierten Esoterik-Buchhandlung zu finden ist. Mittlerweile hat der „Ansata-Verlag" Evolas „Grundlegungen der Initiation" ins Programm aufgenommen.

Schwarz schreibt aber nicht nur über Evola. Auf dem Frühjahrsseminar „Julius Evola 1989 - 1998", ausgerichtet von dem „neurechten" „Synergon" und der „Deutsch Europäischen Studiengesellschaft" im Mai in Wien, redete er über die Evola-Rezeption in Deutschland. Die „Veranstaltung für einen 'ganz bestimmten Menschentypus'" eröffnete **Luciano Arcelle**, Professor für Philosophie und führendes Mitglied der „Evola-Stiftung" in Rom, mit einem Vortrag über „Julius Evola an den Grenzen des Abendlandes". Unter anderem stellt er Evolas Kulturkritik dar und berichtete über seine persönlichen Begegnungen mit dem „Meister". Als Begründer von „Europäische Synergien" und Herausgeber von „Voloir" und „Nouvelles de Synergies Europeennes" zeigte der belgische „neurechte" Theoretiker die Beziehungen zwischen Evola und der Konservativen Revolution auf.

Während die deutschen Intellektuellen der extremen Rechten Evola erst in den neunziger Jahren langsam wieder entdeckten - die „Junge Freiheit" stellte ihn schon vor dem Jubiläum dar - fanden die italienischen und französischen Kollegen ihn schon in den siebziger Jahren. Zu seinem hundertsten Geburstag veranstalteten die Evolianer in Rom und Mailand einen Kongreß und eine Ausstellung seiner Bilder aus seiner Dadaisten Phase, zu der ein Katalog in Planung ist.

Für die Evola-CD wirbt natürlich „Sigill" und u.a. auch „Criticón", „Deutsche Stimme" und „DESG-inform". Zur Zeit veranstaltet „Sigill" mit „Allerseelen" aus Österreich, „Blood Axis" aus USA und Gästen eine Deutschland-Tournee. Am 22.11. spielten sie mit „Jägerblut" in der Rethener Diskothek „Insomnia" bei Hannover. Zuvor war das Konzert in drei anderen Städten wegen des „Verdachts des rechtsextremen Hintergrundes" abgesagt worden. Den Verdacht bestätigt nicht nur die neue CD, sondern auch das langjährige Engagement von „Allerseelen" und „Blood Axis". Der Frontmann von „Blood Axis", **Michael Jenkins Moynihan**, gehört dem neuheidnisch-faschistischen „Tribe of the Wulfings" an und schreibt für das Nazi-Blatt „Plexus. A National Socialist Theoretical Journal". Im Interview mit dem „No longer A Fanzine" beschönigt er den Holocaust und nimmt die Ausschwitzleugner in Schutz. Und „Allerseelen" brachten sich bei dem Leni-Riefenstahl-Sampler aus dem extrem rechten Verlag und Label " Verlag + Agentur Werner Symanek" ein (vgl. DRR Nr.55, Nov./Dez. 98: mythos macht musik, v. A. Schobert u. D. Hügel).

An die dreihundert Fans kamen in die Diskothek bei Hannover, an deren Tür ein Schild darauf hinwies, daß das Tragen verfassungsfeindlicher Symbole untersagt ist. Der Organisator und Plattenproduzent von „Allerseelen" und „Blood Axis", **Oliver Lindner** aus Hannover, kennt die Fans der von ihm promoteten Bands.

Die Renaissance Evolas geht mit der Relativierung seines „Faschismus" einher. „Wer es sich leicht machen will, qualifiziert ihn (Evola; Anm.d.Verf.) als 'Faschist'", betonen Weißmann und Schwarz. Wer sich auf ihn beziehen möchte, negiert Evolas „magischen Faschismus" (Edurad Gugenberger/Roman Schweidlenka).

Auf Wunsch des „faschistischen Gurus" setzten am 26. August 1974 seine Jünger seine Asche im ewigen Eis des Gletsches Monte Rosa bei.

Christian Christians

Die “Weisen von Zion” gestern und heute

Eine Sammelbesprechung

Die “Protokolle der Weisen von Zion” sind bald 100 Jahre alt, doch mit kritischen Veröffentlichungen, die die Hintergründe dieses antisemitischen Pamphlets aufklären, sah es bisher eher spärlich aus. Bereits 1967 erschien das Buch von Norman Cohn in deutsch, das nun neu aufgelegt wurde. Zugleich erschienen zwei weitere Bücher zum selben Thema. Unpraktischerweise tragen alle drei Bücher den selben Titel. Inhaltlich sind sie jedoch sehr unterschiedlich.

Die „Protokolle“ erschienen erstmals Anfang des Jahrhunderts in Rußland, erreichten dort aber erst Massenauflage, als sie an die Angehörigen der Weißen Armee im Bürgerkrieg verteilt wurde. Die Protagonisten der Schrift behaupten, es handele sich bei ihr um die Mitschrift eines geheimen Treffens der „Oberhäupter des Judentums“, die beratschlagten, wie sie die Weltherrschaft erringen könnten. Dies soll dann in 24 Protokollen zusammengefaßt worden sein. Die “Protokolle” enthalten jedoch nicht ernsthaft einen Plan, sondern sind eine Aufzählung, was unter Kontrolle gebracht werden soll (Gold und Presse) und was gefördert werden soll (Liberalismus und U-Bahnen). Für den Fall, daß sich eine Nation widersetze, werden U-Bahnen gebaut. Aus dem Untergrund heraus sollen die Hauptstädte der Länder gesprengt werden, die gegen den Plan aufbegehren.

Die Bücher von Cohn und Ben-Itto sind insoweit ähnlich, daß beide Bücher in unterschiedlichem Umfang die Entstehungsgeschichte und die Verbreitung der “Protokolle” zusammenfassen. Beide Autoren gehen darauf ein, daß weite Teile der “Protokolle” bei Maurice Joly “Dialogue aux Enfers” abgeschrieben wurden. Laut Cohn fußen 2/5 bzw. 160 Stellen auf den Text, der eine versteckte Streitschrift gegen Napoleon III. war. Die Veröffentlichung von Joly wurde von der Zensur verboten, da sie die diktatorischen Machenschaften des Herrschers aufdecken würde, und war daher weitgehend unbekannt. Im Anhang des Buches von Cohn findet sich ein umfangreicher Vergleich der beiden Texte.

Die antirevolutionären Machenschaften des Auslandschef des zaristischen Geheimdienstes „Ochrana“, **Pjotr Iwanowitsch Ratschkowski**, spielen in den Büchern nur eine geringe Rolle. Dieser war nicht nur verantwortlich für fingierte Bombenanschläge sondern auch für diverse antisemitische und antirevolutionäre Fälschungen. Cohn weist mit einer engen Beweiskette nach, daß Ratschkowski hinter der Erstellung der “Protokolle” stand, auch Ben-Itto ist hiervon überzeugt.

Die “Protokolle” dienten, so wird angenommen, zur Bekämpfung des liberalen russischen Finanzministers Witte, aber auch zur Förderung des Antisemitismus, welcher von staatlicher Seite gefördert bzw. gedeckt wurde. Für die deutschen Nationalsozialisten waren die “Protokolle” eine der wichtigsten Propagandaschriften. Auch international fanden sie Verbreitung in einer Vielzahl von Sprachen. In den USA wurde die Verbreitung durch **Henry Ford**, den Gründer des gleichnamigen Autokonzernes, gefördert.

In der Schweiz fand Mitte der 30er Jahre ein Prozeß statt, der den Hintergrund der „Protokolle“ aufzeigte. Der Prozeßverlauf mit den Gutachtern und Zeugen steht bei dem Buch von Ben-Itto im Mittelpunkt. Dies liegt auch daran, daß sie Richterin am Obersten Gerichtshof Israels war. Dieses Amt legte sie nieder, um rund 7 Jahre über die “Protokolle” zu forschen. Herausgekommen ist ein umfangreiches Buch, in dem sie beschreibt, als wäre sie stets dabeigewesen. Dies macht das Buch spannend, sorgte jedoch auch dafür, daß keine Quellen angegeben sind und strittige Fragen nicht aufgezeigt werden. Norman Cohn hingegen, ein anerkannter Historiker, genügt wissenschaftlichen Ansprüchen.


Weltverschwörer
Die enthüllten Geheimnisse der Weisen von Zion
Das große Rätsel
Das auserwählte Volk

Den Satan, der die Menschheit quält / Hat nur der Teufel auserwählt
Die Juden sind unser Unglück!

Die Nationalsozialisten benutzten die „Protokolle“ auf dem Weg zur Masenvernichtung der Juden (Ausriß aus „Der Stürmer“)

In dem bereits 1992 erschienenen Buch “Der Mythos von der Weltverschwörung” von Urs Lüthi, herausgegeben vom Schweizerischen Israelistischen Gemeindebund, geht es ebenfalls um den Prozeß. Der Historiker und Journalist Lüthi beschreibt erstmals den Prozeß und die Unterstützung durch das “Dritte Reich” in einer wissenschaftlichen Weise. In einem weiteren Kapitel geht es um die Freimaurerverbotsinitiative aus den 30er Jahren in der Schweiz.

Das von Jeffrey L. Sammons herausgegebene dritte gleichnamige Buch zum Thema enthält den Text der “Protokolle”, eingeleitet und kommentiert von dem in Yale lehrenden Germanisten. Die Einleitung ist knapp und kompetent, die Kommentierung aber eher dürftig.

Ben-Itto unter Beschuß

Wenn drei Bücher zum selben Thema erscheinen, dann löst dies gewiß Konkurrenz aus. Das Verhalten des „Elster Verlages“, in dem das Buch von Cohn erschien, ist jedoch eher ungewöhnlich. In einem Rundschreiben für Rezensenten heißt es über das Buch von Ben-Itto, es sei ‘persönliche gefärbt‘ und bliebe hinter Cohns Buch zurück. In einem an den Verlag gerichteten Fax von Dr. **Michael Hagemeister**, das ebenfalls verschickt wurde, bezeichnet dieser das Buch als ‘sehr dilettantisch und reißerisch‘. Von Hagemeister stammt eine kommentierte Bibliographie, die der Neuauflage von Cohns Buch beigefügt ist.

Die Rolle Hagemeisters

Hagemeister promovierte 1989 über den russischen Philosophen **Nikolaj Fedorov**. Fedorov wollte ein “höheres Bewußtsein” durch “die tätige Vereinigung aller Menschen zu einem einzigen Organismus” schaffen. Die Lenkung, “vernünftig und sittlich”, sollte “unsterbliche Übermenschen hervorbringen” so Hagemeister. Diese okkulte Richtung wird “russischer Komismus” genannt. Federov ist heute bei der äußersten Rechten Rußlands wieder sehr beliebt, unter anderem bei der Gruppe „Pamjat“, die die “Protokolle” wieder verbreitet. Von „Pamjat“ distanziert sich Hagemeister jedoch klar, schreibt aber sehr bewundernd über Fedorov.

Der Abdruck der kommentierten Bibliographie von Michael Hagemeister im Anhang des Buches von Cohn ist eher unglücklich. Das Buch “Der antisemitsche-antifreimaurerische Verschwörungsmythos” von Armin Pfahl-Traughber wird unkommentiert aufgeführt. In einem zwei Jahre zuvor erschienen Aufsatz im Jahrbuch für Antisemitismusforschung bezeichnet Hagemeister die Arbeit als “durchgehend” “oberflächlich und fehlerhaft”. Diese diffamierenden Aussagen begründet er jedoch nicht, ebensowenig, warum der Vorwurf zwei Jahre später nicht mehr besteht. Bei dem Buch des Verfassungsschutzmitarbeiters Pfahl-Traughber handelt es sich eine sachkompetente Darstellung des Verschwörungsmythos in der Pro-

paganda der Nazis; er beschreibt hierbei einige noch heute wichtige Autoren und Publikationen.

Die erstaunlichsten Aussagen Hagemeisters sind die zur staatliche Förderung von Pogromen im zaristischen Rußland: Dies sei ein "zu Propagandazwecke(n) benutzte(r) Vorwurf" von "russischen revolutionären Emigranten". Der Vorwurf, hierbei handele es sich um eine "Art von Verschwörungstheorie" richtet sich auch ausdrücklich gegen Cohn. Erstaunlich auch, daß Hagemeister hierbei als Literatur auf das Buch von Edward Judge über das Pogrom in Kischinjow verweist, welches das Gegenteil von Hagemeisters "Theorie" aufzeigt. Nach dieser Logik müßten wesentliche Teile des Buches von Cohn falsch sein.

Die „Protokolle" heute

Cohn verweist im Vorwort zur Neuauflage seines Buches darauf, daß die "Protokolle" heute wieder Verbreitung finden. Ben-Itto hat aktuelleren Vorgängen ein ganzes Kapitel gewidmet. In der Sowjetunion der Perestroika-Zeit und anschließend in Rußland fanden die "Protokolle" wieder Verbreitung, besonders durch die antisemitische Organisation „Pamjat". Auch die japanische Sekte „Aum Shinrikyo", die für die Giftgasanschläge auf die U-Bahn von Tokio verantwortlich war, zitiert in ihrem "Handbuch der Angst" aus ihnen.

Für viele Anhänger der Esoterik stehen Juden für eine negative Weltanschauung, bei nicht wenigen lebt dabei der Wahn von der jüdischen Weltverschwörung wieder auf. Der antisemitische Esoterikautor **Jan Udo Holey** (Pseudonym **Jan van Helsing**) verwendet die althergebrachte Argumentation, daß die „Protokolle" echt seien weil sie von den "Zionisten" angewendet werden. Er "enthüllt" in seinen Bestsellern "Geheimgesellschaft 1 + 2", daß der russische Geheimdienst „Ochrana" von Juden kontrolliert wurde und daher die "Protokolle" von Juden stammen würden. Außerdem, daß Helmut Kohl Jude sei und ursprünglich „Henoch Kohn" heiße.

Der theosophisch orientierte US-Autor **Des Griffin** behauptet in seinem 1980 in der BRD erschienen Buch "Die Herrscher", daß die "Protokolle" echt seien, aber verfälscht wurden, um die Feinde der Verschwörer als Antisemiten zu diskreditieren. In seinem Buch druckt er auf 30 Seiten fast den kompletten Text der "Protokolle" ab. Er nutzt hierbei die Ausgabe von **zur Beek**, die u.a. auch von den Nazis verwendet wurde.

Auch in erfolgreichen Büchern vermeintlich seriöser Verlage finden die "Protokolle" eine Umwidmung. Das englischsprachige Autorentrio **Henry Lincoln**, **Michael Baigent** und **Richard Leigh** beschreibt in ihrem 1984 bei Lübbe erschienenen Weltbestseller "Der Heilige Gral und seine Erben" das jahrhundertelange Wirken einer Verschwörungsgruppe namens "Prieuré de Sion", die die Errichtung eines "paneuropäischen Königreichs" plane. Die Autoren behaupten, durch "intensive Recherche" erfahren zu haben, daß die "Protokolle" auf einem Originaltext beruhen, der von den "Verschwörern" umgedreht wurde, um Kritiker zu verleumden.

Auch in dem rund 900seitigen Wälzer des Esoterikers **E.R. Carmin**: "Das schwarze Reich. Geheimgesellschaften und Politik im 20. Jahrhundert" werden die "Protokolle" für "authentisch" gehalten. Hierzu werden verschiedene "Thesen" über deren Entstehung verglichen, die "These" von Cohn wird, ohne seinen Namen zu nennen, zurückgewiesen. Die Ausführungen von Carmin sind weitgehend von den Autoren des "Heiliges Grals" übernommen. Auch auf das Buch von Griffin wird zum "Beweis" verwiesen. Wie in verschiedenen esoterischen Kreisen üblich, verweist Carmin im Rahmen seiner Verschwörungsmythen auf die jüdische Gruppe der Khazaren als Drahtzieher. Diese hatte schon zur Beek in seiner Einleitung zu den "Protokollen" thematisiert.

Das Buch von Carmin ist 1994 in der Reihe Sphinx des Heyne Verlages erschienen. Hier erschienen noch weitere Bücher ähnlicher Art, so z.B. auch von dem britischen Anthroposophen **Trevor Ravenscroft**, der sich ebenso in Veröffentlichungen auf die "Protokolle" bezieht.

Schlußbemerkung

Die Entstehungsgeschichte der "Protokolle" ist heute weitgehend geklärt; dies kann gesagt werden, obwohl Cohn diese Frage nicht endgültig geklärt sehen wollte und Hagemeister sich alle Mühe gibt, das Gegenteil zu beweisen. Die von Ben-Itto aufgezeigten Indizien, die vor allem schon beim Berner Prozeß vorgelegt wurden, ergeben eine dichte Beweiskette.

Bei der Darstellung der Geschichte der "Protokolle" wird der antirevolutionäre Aspekt zumeist ignoriert. Nicht selten kommt es dadurch zu einer schiefen Darstellung. Eine interessante, wenn auch bisher stets kaum beachtete Frage ist die nach den Gründen der Verbreitung des antisemitischen Weltverschwörungsmythos. Sammons führt hierzu im Nachwort seines Buches aus: " (Es) läßt sich erkennen, daß die Protokolle immer wieder eingesetzt worden sind, um Herrschaft zu festigen, indem sie von veränderungsbedüftigen politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeiten ablenken. Das Phänomen quoll aus monarchstischen, reaktionären, gegenrevolutionären Kreisen. Der Einsatz in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten trägt deutliche klassenkämpferische Züge, und zwar von oben."

Hadassa Ben-Itto: „Die Protokolle der Weisen von Zion" - Anatomie einer Fälschung; Aufbau Verlag, Berlin 1998

Norman Cohn: „Die Protokolle der Weisen von Zion" - Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung; Elster Verlag, Baden-Baden, Zürich 1998

Urs Lüthi: Der Mythos von der Weltverschwörung; Helbing & Lichtenhahn, Basel 1992

Jeffrey L. Sammons: „Die Protokolle der Weisen von Zion". Die Grundlage des modernen Antisemitismus - eine Fälschung; Wallstein, Göttingen 1998

VDA verliert Staatsgelder

Der "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) bekommt kein Geld mehr vom Staat. Das Außenminsterium bereitet nach Berichten der "Frankfurter Rundschau" (FR) seinen Rückzug aus der Finanzierung des VDA vor. Nach dem Bericht soll im Außenministerium „eine geordnete Übergabe auf andere Mittler in die Wege geleitet werden". Dabei solle das "Goethe-Institut" „eine wichtige Rolle" einnehmen. Der VDA erhielt seit 1990 mehr als 210 Millionen Mark Staatszuschüsse. Während das deutsche Innenministerium 1997 seine Zuschüsse wegen Unregelmäßigkeiten bei deren Verwendung eingestellt habe, so die FR, seien aus dem Außenministerium weiter Gelder an den VDA geflossen. Für 1998 waren 2,5 Millionen Mark bewilligt worden. Von 1999 an entziehe auch das Außenministerium dem VDA seine Förderung.

Neue Redaktion des "WitikoBriefes"

Das Organ des "Witikobundes", der "WitikoBrief", hat, wie bereits vom vormaligen Schriftleiter **Hans-Ulrich Kopp** angekündigt worden war, eine neue Redaktion bekommen. Neben Kopp, der der Redaktion weiterhin angehört, zählen auch **Holger Breit**, **Thomas Fischer** und **Karl Spörl** dazu.

„Schlesier" angeklagt

Im November 1997 hatte die Polizei die Wohn- und Geschäftsräume des Verlages der neofaschistischen Wochenzeitung „Der Schlesier" und dessen Herausgebers, **Hans-Joachim Ilgner**, durchsucht. Beschlagnahmt wurden Exemplare des Buches „Zeitgeschichtliche Anmerkungen" von **Heinz Splittgerber**, einem Mitglied der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP). Die in der „Kleinen Heftreihe für Geschichtswissen" veröffentlichte Schrift erfüllt, so das Bochumer Landgericht in seiner Anklageschrift vom 6. Juli 1998, den Tatbestand der Volksverhetzung. Da auch die Verbreitung der volksverhetzenden Schrift strafrechtliche Maßnahmen nach sich zieht, erhielt auch der Verlag „Der Schlesier" kürzlich die Anklageschrift zugestellt. Besonders empört ist das Blatt darüber, daß der „Verfassungsschutz" auch bei einigen seiner Leser vorstellig wurde, die Splittgerbers Schrift bestellt hatten und deswegen „kompromittierende Befragungen und Durchsuchungen hinnehmen" mußten.

Neonazi-Führer Heise erneut verurteilt

Wegen Widerstandes gegen Vollstrekkungsbeamte, Beleidigung und Körperverletzung hat das Amtsgericht im niedersächsischen Northeim den Neonazi-Führer **Thorsten Heise** zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt. Der 29jährige hatte während einer Neonazi-Demonstration im Frühjahr 1997 Polizei-

beamte beschimpft und angegriffen. Das Gericht setzte die Strafe zur Bewährung aus.

"Heimattreue Jugend" und "Freibund" gehen zusammen

„Der Freibund e.V." und „Die Heimattreue Jugend" haben beschlossen, sich zusammenzuschließen. Während sich die spätere „Heimattreue Jugend" 1983/84 unter dem Namen „Gemeinschaft Volkstreuer Jugend" (GVJ) von dem 1960 als Bundesorganisation gegründeten neofaschistischen „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) abspaltete, verordnete sich die Mehrheit des BHJ Ende der 80er Jahre eine kosmetische Veränderung ihres Programms und benannte sich in „Der Freibund e.V." um. Mit dem Zusammenschluß der beiden weitgehend ähnlich arbeitenden Gruppierungen soll, so **Laurens Nothdurft** von der „Heimattreuen Jugend", „allen nationalen Kräften ein Zeichen zur Einigung gesetzt werden".

Antisemitische Übergriffe in Berlin und Brandenburg

Im Vorfeld der Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht in Deutschland haben Unbekannte in Berlin ein Mahnmal geschändet und in Brandenburg ein Haus der Jüdischen Gemeinde beschädigt. In Berlin habe die Polizei hakenkreuzartige Schmierereien am Deportations-Mahnmal auf der Putlitzbrücke im Stadtbezirk Tiergarten festgestellt. Die Schmierereien seien beseitigt worden, der Staatsschutz ermittele. Zwischen 1941 und 1945 waren in Berlin etwa 55.000 Juden deportiert worden. Tausende wurden von einer nahegelegenen Synagoge, die als Sammellager mißbraucht wurde, zum Güterbahnhof an der Putlitzbrücke getrieben. Von dort führten die Transporte direkt in die Vernichtungslager der Nazis. In Potsdam warfen Unbekannte am Vorabend des 9. November einen Stein in das Wohnzimmerfenster eines Hauses der Jüdischen Gemeinde auf dem Gelände des Jüdischen Friedhofs. Der letzte Jude, der die Nazizeit in Brandenburg überlebt hatte, war bereits 1994 gestorben.

„Paneuropa-Jugend"-Tagung

Vom 4. bis 6. Dezember fand im Coburger Kongreßhaus der diesjährige Bundeskongreß der "Paneuropa-Jugend" (PEJ) statt. In zwei Foren wurden die Themen „Traum oder Trauma? - die europäische Sicherheitspolitik" und „Zwischen Sozialismus-Renaissance und Globalisierung - Werte und Wertebewußtsein im zukünftigen Europa" verhackstückt. Die Hauptkundgebung stand unter dem Motto „Paneuropa - Politik für das dritte Jahrtausend". Abgehalten wurde sie von den Führern der "Paneuropa-Union" (PEU), **Otto von Habsburg**, **Ingo Friedrich**, **Bernd Posselt** und **Knut Abraham**.

Janine Clausen & Andreas Speit

Einführende Beschreibung

„Die extreme Rechte in Europa" ist der Titel der neuesten Publikation von Reinhard Kühnl, Gerd Wiegel und anderen. Der Titel irritiert ein wenig. Denn - wie der Untertitel bereits einschränkt - setzen sich die Autoren mit den Entwicklungen der extremen Rechten in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien auseinander, wobei sie im wesentlichen die Parteien betrachten - was der Untertitel nicht verrät. Ausdrücklich weisen Kühnl und Wiegel darauf hin, daß die Publikation zur Einführung gedacht ist, die einen Überblick liefern soll und die Grundsachverhalte darstellen will.

Im ersten Abschnitt stellt Kühnl einfach und verständlich die gesellschaftlichen Grundlagen, die extrem rechte Ideologie und das Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien dar. Die Ausführungen sind weitgehend identisch mit seinen Überlegungen aus dem vergriffenen Werk „Gefahr von rechts?". Wie dort, geht Kühnl bei der Ideologie aber kaum auf den Antisemitismus ein und bei den Bedingungen für die Massenwirksamkeit greift er zwar auf, daß autoritäre Denktraditionen die Gesellschaft bestimmten (S. 30), doch die Darstellung erweckt den Eindruck, als wenn „die Arbeiter" weniger davon betroffen wären, als „die Angestellten" und „Beamten" (S. 35ff.).

Als Übergang zum zweiten Abschnitt, zu den Entwicklungen in den europäischen Ländern, beschreibt Kühnl mit vielen Beispielen die Restauration des Kapitalismus nach 1945 und benennt die Folgen und Möglichkeiten für die extreme Rechte bis Mitte der sechziger Jahre in West-Deutschland.

Wiegel schließt an und schildert die Entwicklungen von den sechziger Jahren bis heute im „vereinigten Deutschland". Kurz beschreibt er NPD, DVU und REP im Spannungsfeld der politischen Entwicklungen und geht auf die „Neue Rechte" ein. Kaum Beachtung findet allerdings der „Bund Freier Bürger" (BFB). Sein Fazit, angelehnt an Herbert Schui, daß die „neoliberale Ausrichtung" die beste Voraussetzung für ein Näherkommen der extremen Rechten und der etablierten Konservativen sei (S. 91ff.), erwähnt ebensowenig wie Schui, daß innerhalb der extremen Rechten die neoliberalen Konzepte sehr umstritten sind.

Wiegel stellt danach die Entwicklungen in Österreich dar. Ausführlich beschreibt er die FPÖ, von der Organisationsentwicklung bis zur Ideologieveränderung, als auch die Politik von ÖVP und SPÖ, wodurch die Rechtsentwicklung ab Mitte der achtziger Jahre sehr sichtbar wird. Die FPÖ, welche mittlerweile „Die Freiheitlichen" heißen, schätzt er als ein „rechtes Erfolgsmodell" ein, das die Politik mitbestimmt und für die deutsche extreme Rechten immer interessanter wird (S. 119).

„Erfolgsgeschichte ohne Ende?" fragt Steffen Klittich in seiner Darstellung zu Frankreich, dessen Schwerpunkt auf dem FN liegt. Neben der Entstehung des FN legt er tiefgehend die Ideologie und das Programm dar, inklusive des Wirtschafts- und Sozialdiskurses der FN. Oberflächlicher geht er auf die „Nouvelle Droite" ein, welcher er eine abgesprochene Arbeitsteilung mit dem FN unterstellt (S. 133). Er erwähnt bereits die Differenzen Le Pens zu Mégret, die aktuell die Partei beschäftigen. Seine Frage beantwortet er mit vielen wenn's, denn wenn die antifaschistische und antirassistische Gegenwehr sich den sozialen Problemen annähme, könnten sie der Erfolgsgeschichte ein Ende setzen (S. 144f.).

Bei der Beschreibung der italienischen Verhältnisse stellt Jens Renner die Entwicklung des MSI zur „Alleanza Nationale" in den Mittelpunkt. Tiefgehend zeichnet er die organisatorischen und ideologischen Veränderungen nach. Vor allem durch die Verwendung der kaum bekannten Dokumente des letzten Parteikongresses offenbaren sich die Feinheiten der Transformation, wie auch der Kontinuität (S. 162f.). Renner zeigt auf, daß Versatzstücke des Programms mehr und mehr für alle Parteien als annehmbar scheinen. Desweiteren sieht er als Möglichkeit ein Wahlbündnis mit Silvio Berlusconis „Forza Italia" und den zerfallenden christdemokratischen Parteien und erinnert an das rechte Wählerpotential in Italien (S. 166ff.).

Den Abschluß des zweiten Abschnittes und zugleich der Publikation bilden Kühnl und Wiegel mit einer vergleichenden Einschätzung der Entwicklungen und grundsätzlichen Überlegungen zum antifaschistischen Widerstand. Dabei heben sie den Zusammenhang von extrem rechten Ideologien und neoliberalen Konzepten hervor und erinnern an die Funktionen der extremen Rechten im bürgerlichen Staat. Als Perspektive für den Widerstand sehen sie, daß eine Linke den rassistischen und nationalistischen Lösungsvarianten eine klare soziale und demokratische Alternative entgegensetzen muß, die die sozialen Fragen ins Zentrum ihrer Politik stellt. „Im Augenblick scheint dies nur jenseits der und gegen die Sozialdemokratie möglich" (S. 186) betonen sie. Anzufügen wäre, auch gegen „Bündnis 90/Die Grünen", wenn man die neueren Entwicklungen der Regierungsparteien berücksichtigt.

Die Autoren geben, wie im Vorwort versprochen, eine Einführung, welche im allgemeinen einen groben Überblick über die neueren Entwicklungen der extremen Rechten liefert und im Besonderen einen feinen Einblick in das Spannungsverhältnis von gesellschaftlichen Prozessen und politischen Funktionen gibt. Schade ist, daß Kühnl nicht genauer auf die aktuellen Debatten eingeht, was einer Einführung nicht widersprechen muß. Ebenso schade ist, daß die Auflistung der empfohlenen weiterführenden Literatur auf eineinhalb Seiten beschränkt ist und leider ein Register gänzlich fehlt.

Kühnl, Wiegel u.a.: Die extreme Rechte in Europa Zur neueren Entwicklung in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien Distel Verlag, 24,80 DM

Nachrichten aus der Antifa-Bewegung

Antifa heißt ... kriminalisiert werden!

Erfolgreicher Antifaschismus wird von diesem Staat kriminalisiert. Wir, das Antifaschistische Aktionsbündnis Nürnberg und die Rote Hilfe Ortsgruppe Nürnberg/Fürth/Erlangen wollen die zunehmende Kriminalisierung von Linken in Nürnberg öffentlich machen, um daraus eine Gegenstrategie und Widerstand entwickeln zu können.

Nun ein kurzer Ausschnitt aus dem Alltag einer antifaschistischen Szene, deren Kriminalisierung sich innerhalb des letzten Jahres in einer Summe von über 30.000 DM an Strafgeldern und gut zwei Dutzend Verfahren und anschließenden Prozesse ausdrückt:

Am 11. Oktober 97 wurde eine bundesweite Antifa-Demo in Saalfeld verboten. Rund 400 AntifaschistInnen - davon etwa 100 aus Nürnberg bzw. Bayern - wurden für knapp zwei Tage in einem baupolizeilich gesperrten ehemaligen Knast festgehalten. Gegen diese polizeistaatlichen Methoden protestierten eine Woche später etwa 150 Menschen in Nürnberg. Konsequenz: Verurteilungen zu insgesamt 2.600 DM Geldstrafe wegen „Verunglimpfung des Staates" durch die Parole „BRD - Bullenstaat, wir haben dich zum kotzen satt".

Wegen einer Sprüherei an einem Nazi-Treffpunkt Herzogenaurach bei Nürnberg haben vier AntifaschistInnen Strafbefehle über insgesamt 12.000 DM erhalten.

Wahlkampf in Nürnberg: Gleich drei Hausdurchsuchungen wurden aufgrund von angeblicher „Gefahr im Verzug" von BeamtInnen der Nürnberger Polizei bei Linken durchgeführt, die beschuldigt wurden, REP-Plakatständer unsachgemäß entfernt zu haben.

Neben der Überhäufung mit Strafverfahren werden auch andere Mittel angewandt:

Im November 97 kam ein Verfassungsschutz-Beamter zur Arbeitsstelle eines Antifaschisten und zeigte Fotos der letzten Anti-DVU-Demo in Passau. Es sollten weitere DemonstrantInnen namentlich benannt werden. Jegliches Gespräch wurde abgelehnt.

Der Anmelder einer Demonstration wurde über Tage von Streifenpolizisten vor seiner Wohnung observiert, die ihm folgten, sobald er das Haus verließ.

MitbewohnerInnen, Eltern und NachbarInnen von aktiven AntifaschistInnen wurden von Polizeibeamten aufgesucht und ausgehorcht.

Betroffen sind einzelne, gemeint sind wir alle!

Auffallend ist, daß innerhalb des letzten Jahres, d.h. innerhalb relativ kurzer Zeit, die staatliche Repression gegen AntifaschistInnen in Nürnberg stark zugenommen hat. Dies ist einerseits einzuordnen in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hin zum Überwachungsstaat. Andererseits liegt auf der Hand, daß mit verschärfter Repression gegen einzelne hier versucht wird, erfolgreiche antifaschistische Strukturen, die sich über Jahre hinweg aufgebaut und verfestigt haben, zu schwächen und letztendlich zu zerschlagen.

Gerade weil es immer wieder einzelne sind, die durch Verurteilungen beispielsweise zu hohen Geldstrafen lahmgelegt werden sollen, ist es notwendig, Öffentlichkeit herzustellen und Solidarität mit den betroffenen AntifaschistInnen zu organisieren und zu zeigen.

Antifaschismus ist notwendig, nicht kriminell!

Gemeinsam gegen Naziterror und Polizeistaat!

Solidarität mit den kriminalisierten AntifaschistInnen!

Rote Hilfe Nürnberg-Fürth-Erlangen
c/o Libresso, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg

Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg
c/o Internationales Kulturhaus, Endterstr. 9, 90459 Nürnberg

Soli-Konto: Rote Hilfe Nürnberg-Fürth-Erlangen, Kennwort Antifa, Kto.-Nr.: 160 168 54, Postbank Nürnberg., BLZ 760 100 85

(aus Platzgründen stark gekürzt; die Red.)